Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 69 (2019)

Heft: 3

Buchbesprechung: Rezensionen = Recensions = Recensioni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Daniel Vaucher, **Sklaverei in Norm und Praxis. Die frühchristlichen Kirchenordnungen,** Hildesheim: Georg Olms Verlag, 2017 (Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit, Bd. 18), 358 Seiten.

Die anzuzeigende Arbeit steht in einem Spannungsfeld zwischen deskriptiver Geschichtsschreibung und normativer Fragestellung. Sie wurde im Rahmen des vom *Schweizerischen Nationalfonds* finanzierten Projekts *Eine Frage der Ungerechtigkeit? Sklaverei und Freiheitsdiskurse zwischen Antike und Moderne* (VII) verfasst und in der Reihe *Sklaverei – Knechtschaft – Zwangsarbeit. Untersuchungen zur Sozial-, Rechts- und Kulturgeschichte* (herausgegeben von Elisabeth Herrmann-Otto) publiziert.

Die Dissertation will «mit der Untersuchung der frühen Kirchenordnungen auf die Sklaverei hin eine der Forschungslücken füllen und gleichzeitig diese Quellengattung, die bislang vor allem von Theologen und Patristiker zur Kenntnis genommen wurde, der historischen Forschung zugänglich machen» (S. VII). Anlass zu diesem «Vermittlungsunterfangen» sei die auf Missverständnissen beruhenden Kontroverse, welche die Frage nach der Verbindung zwischen (antikem) Christentum und Sklaverei ausgelöst habe (vgl. S. 4–11). Vaucher will diese Missverständnisse klären, indem er die Motive für ein Verhalten analysiert, das als solches oder in seinen Resultaten als unmoralisch gedeutet wird.

Unter Kirchenordnungen versteht Vaucher «eine Reihe von anonymen oder pseudonymen Schriften, die Christengemeinden mit dem Anspruch apostolischer Autorität zu regulieren versuchten» (S. 13) und damit «problemorientiert» als «Kampf zwischen den Fälschungen [in einer] Konkurrenzsituation» (S. 58). Die historische Analyse steht unter dieser Prämisse in einem weiteren Spannungsfeld. Einerseits gelte: «Wir sollten nicht den Fehler begehen, jedes dieser Schreiben als Polemiken gegen weitverbreitete Phänomene zu sehen» (S. 62). Andererseits ist methodisches Anliegen, «danach [zu] fragen, was die Texte *nicht* sagen» (S. 63), woraus «sich Rückschlüsse auf das soziale Verhalten in den Gemeinden und darüber, wie das Christentum mit der Sklaverei umging» (S. 14), ziehen liessen.

In chronologischer und normativ-autoritativer Hinsicht beginnt Vaucher mit dem deutero- / paulinischen Briefcorpus. Bei Paulus sieht er eine christologisch begründete soziale Grundlage der ἀγάπη, welche die sozialen Status theoretisch zu egalisieren vermag, wobei er auch auf jüdische und heidnische «Utopien» (S. 80) verweist (vgl. S. 65–68, 78–83, 91 f., 261).

Bezeichnend sei nun, dass a) diese theoretisch gegebene Egalität mit der antiken sozial-praktischen Realität nicht übereinstimme und es daher zu autoritativen Konformitätsbestrebungen komme, und dass b) bereits Urgemeinden eine Ekklesiologie der «Reinheit» (S. 82) vertreten, die Sklaven den Zutritt zur Gemeinde erschweren könne. Diese beiden Thesen a) und b) beinhalten folgende Grundgedanken:

a) Vaucher interpretiert, dass dem aus heutiger Sicht negativen wie (scheinbar) positiven Umgang mit Sklaven teils ein «souci de soi» (S. 231) zugrunde liege. Zum negativen Umgang zähle die Gehorsamsaufforderung, differenziert-mehrdeutig angefangen beim *Kolosserbrief* und den *Pastoralbriefen* bis eindeutiger in Kirchenordnungen wie der *Zwei-Wege Lehre*, der *Traditio Apostolica* und den *Apostolischen Konstitutionen.* Als Motiv identifiziert Vaucher die Sorge, mit der Botschaft der sozialen Egalität von Christus und Paulus im heidnischen Umfeld Feindschaft zu provozieren, was eine «'falsche Tradition'» (S. 99) bewirke. Diese nehme ihren Ausgangspunkt vor allem in der Bekämpfung

von anderen Lehren, habe aber dennoch Eingang in die Kanonisierung gefunden. Damit kann nach Vaucher davon ausgegangen werden, dass mit der christlich-paulinischen Botschaft vorherrschende Sozialstrukturen teilweise aufgebrochen wurden (vgl. S. 9f., 91f., 96–110, 118, 122, 134–139). Doch auch positiven Handlungen wie Freilassung oder Freikauf liege gelegentlich dieser *souci de soi* zugrunde: So seien Sklaven beispielsweise aufgrund des Patronats und damit der Missionierung oder zur Steigerung der *dignitas* beziehungsweise *virtus* des Gönners befreit worden. Letzteres könne auch Motiv sein für die Aufforderung, Sklaven milde zu behandeln. Bei Heiden wie bei Christen dürfe aber auch eine aufrichtige Sorge um Sklaven an sich vermutet werden (vgl. S. 111–115, 197–221, 225).

b) Vaucher verweist auf Reinheitsvorschriften, die vor allem den Bereich der Sexualität, den im römischen Imperium tendenziell mit Idolatrie verbundenen öffentlichen Dienst und das Töten beim Gladiatorenkampf betreffen. Dabei hätten sich Sklaven in / vor Gemeinden in einer schwierigen Lage befunden, da sie sich vermehrt in diesen Tätigkeiten wiederfanden und nicht frei entscheiden konnten, ob sie diese überhaupt verrichten wollten. Vaucher verweist auf die Berufsverbote der *Traditio Apostolica*, die bei konsequenter Einhaltung den Sklaven einen Beitritt zur Gemeinde erschweren bis verunmöglichen konnten (vgl. S. 121–130, 134f., 175–193, 232–246).

Aus diesem Grund formuliert Vaucher an gewissen Kirchenordnungen beziehungsweise Teilen davon moralische Kritik, die jedoch wieder relativiert wird: «Grundsätzlich lässt sich eine schlichte Abfolge und Übernahme von Normen von der Frühzeit bis in die Spätantike nicht ausmachen. Vielmehr stehen wir vor verschiedenen Aussagen verschiedener Autoren, die allesamt postulieren, *die* Norm bekannt zu geben.» (S. 148) Da die Kirchenordnungen in ihrer «Problemorientiertheit» schwer zu fassen sind, ist fraglich, inwiefern sie Grundlage für eine abgeschlossene normative Bilanz sein können. Dazu kommt die von Vaucher beschriebene Problematik, dass nur wenige Zeugnisse von Sklaven selbst überliefert sind (vgl. S. 10). Weiter ist fraglich, inwiefern heutige Standards mit hineinspielen, wenn über die Absenz von Sachverhalten ein normatives Urteil gefällt wird. Damit soll kein moralischer Relativismus vertreten werden: Geschichte muss normativ bewertet werden, insofern auch der antike Mensch eben zur Gattung Mensch gehört. Nebst einem Fokus auf Zeugnisse, deren Kontextualisierung (*nota bene* mit Bezug darauf, was sie *nicht* sagen) äusserst spekulativ bleibt, wäre aber für den kulturhistorischen Rahmen dieser Forschung auch die Frage interessant, was diese antiken Menschen überhaupt unter Freiheit, Würde, Individuum, Glück, Moral, und eben: Sklaverei *verstanden*.

Die Dissertation ist methodisch wie inhaltlich in die zu Beginn erwähnte und im vorherigen Abschnitt beschriebene Spannung zwischen normativer Fragestellung und deskriptiver Geschichtsschreibung eingebunden. Dass Vaucher wiederholt kritisch die «problemorientierte» Perspektive einnimmt (vgl. beispielsweise S. 99, 105, 116, 148), zeugt von kompetenter Forschung. Das Spannungsfeld der hier thematisierten interpretatorischen Sensibilität wird von Vaucher also insofern gemeistert, als er die methodischen Prämissen, die durchaus ihre Berechtigung haben, wiederholt relativiert und einen differenzierten Zugang zu diesem komplexen Unterfangen verfolgt. Dazu kommt, dass die Dissertation auf einer sehr breiten Literaturgrundlage aufbaut, die Vaucher kritisch-souverän für die Formulierung eigenständiger Thesen nutzt.

Andreas Burri, Fribourg

Blythe Alice Raviola, Claudio Rosso, Franca Varallo (a cura di): **Gli spazi sabaudi. Percorsi e prospettive della storiografia,** Roma: Carocci editore, 2018, 320 pages.

Gli spazi sabaudi. Percorsi e prospettive della storiografia est le fruit du colloque international homonyme qui a eu lieu les 25, 26 et 27 novembre 2015 entre Verceil, la Reggia di Venaria et Turin. La publication, partielle, des communications présentées à cette occasion offre aux lecteurs un choix riche de dix-neuf contributions portant sur l'état des recherches relatives aux anciens États savoyards depuis le Moyen Âge jusqu'à l'époque contemporaine. L'époque moderne constitue, avec dix articles sur la période 1500–1800, le noyau dur du volume. Quatre contributions se concentrent sur la période médiévale et cinq autres sont consacrées à l'époque contemporaine, essentiellement le XIXe siècle. Les textes s'articulent généralement selon un double schéma: les acquis de la recherche au cours des quatre dernières décennies et les perspectives pour le futur. Essayons d'en résumer l'essentiel.

Les acquis d'abord. Le nombre des travaux cités – et discutés – montre à lui seul le profond renouveau historiographique qui a affecté l'ensemble de la recherche sur les espaces savoyards. Parmi les points forts, il faut souligner le dialogue entre les différentes disciplines, un dialogue dont le présent recueil est lui-même un témoignage remarquable. En effet, le titre est en partie trompeur dans la mesure où le volume ne se réduit pas à l'historiographie tout court. Cinq contributions portent sur l'histoire de l'art, la musique, la littérature et l'architecture: c'est là une première richesse qu'il convient de mettre en avant. À cet égard, on regrette un peu l'absence d'une contribution consacrée à l'archéologie dont les apports sont de plus en plus importants, en particulier pour les historiens médiévistes.

Deuxième avancée de taille: l'historiographie savoyarde, en particulier au cours des vingt dernières années, est devenue largement internationale, le fruit de réflexions et d'échanges émanant de chercheurs italiens, français, suisses, allemands, espagnols et anglo-saxons. Il s'agit d'un changement encore relativement récent et qui se confronte toujours aux préjugés de ceux considérant l'historiographie *sabauda* renfermée sur elle-même, comme le montre un certain malaise, voire une véritable crispation, vis-à-vis de ce prétendu «provincialisme» (cf. pp. 134–135, 159, 183–184). De ce point de vue, il aurait été intéressant de donner plus de place aux acteurs internationaux de ce renouveau. On ne peut pas s'empêcher de relever que sur dix-neuf contributions trois seulement sont dues à des chercheurs non italiens (incluons volontiers dans la liste Guido Castelnuovo, largement «français»).

Il faut aussi remarquer que, dans les contributions concernant la période 1500–1900 – et en particulier dans les articles visant les arts –, l'espace donné au Piémont par rapport aux territoires nord-alpins et francophones reste prépondérant. Cela est certes dû aux intérêts des contributeurs, ainsi qu'au déplacement historique du centre de gravité du duché, dès le milieu du XVIe siècle, vers Turin et le Piémont. Cependant, ce déséquilibre est aussi, en partie, le fruit d'un volume qui se veut comme la continuation de deux colloques centrés sur le Piémont plus que sur les domaines savoyards: *Studi sul Piemonte. Stato attuale, metodologie e indirizzi di ricerca* (1979) et *Il Piemonte in età moderna. Linee storiografiche e prospettive di ricerca* (2007). Il est significatif que le colloque de 1979 demeure le point de départ pour de nombreuses contributions, donnant ainsi d'emblée un caractère plus éminemment «piémontais» aux réflexions. De ce fait, le choix de placer le volume sous l'étiquette des espaces «*sabaudi*» (comme l'indique le titre) et non pas «piémontais», montre certes le chemin parcouru et la volonté d'élargir la réflexion. Il n'en

reste pas moins qu'il aurait été souhaitable de donner plus d'espace aux territoires du nord des Alpes. Soulignons encore, pour terminer, le bonheur de consacrer un colloque entier – et le volume qui en découle – aux débats historiographiques, sans le reléguer à un prologue nécessaire à d'autres questions. Que l'initiative soit venue du monde «subalpin» n'est pas un hasard et témoigne de la finesse des réflexions menées dans ce domaine par les chercheurs italiens.

Le chemin parcouru est remarquable; quant à celui à parcourir, il s'annonce, à la lecture des dix-neuf contributions, fort encourageant. C'est un deuxième point fort du volume: l'indication de pistes à explorer, de terrains à défricher. Quelles perspectives donc? De nombreux auteurs ont souligné comment certaines périodes restent encore en partie dans l'ombre. Le peu d'études consacrées à la période entre l'acquisition du titre de roi d'Italie et la fin de la Seconde Guerre mondiale est certes regrettable. Il est le fruit de la célèbre *damnatio memoriae* qui frappa les recherches sur la Maison de Savoie dès le milieu des années 1940. De fait, la recherche scientifique sur la monarchie italienne reste encore très jeune. La période 1450–1560 demeure, elle aussi, encore relativement peu travaillée, une sorte de *no man's land* entre médiévistes et modernistes. Un terrain d'enquête rendu plus ardu encore par des difficultés paléographies non négligeables et des trous dans certaines séries archivistiques majeures.

Si l'histoire politique et sociale, ainsi que l'histoire de la cour, se sont taillé la part du lion dans les recherches de ces dernières décennies, l'histoire économique ainsi que l'histoire religieuse et ecclésiastique ont souffert d'un certain ralentissement. Le panorama varie toutefois beaucoup entre les périodes et d'une région à l'autre, mais surtout au vu de la masse considérable de sources conservées (et cela pour les deux côtés des Alpes), la moisson promet d'être abondante pour les chercheurs qui s'attelleront à ces champs. Remarquons, pour terminer, que pour le Moyen Âge et le XVIe siècle aussi, nous manquons encore de travaux d'une certaine ampleur sur les finances et la fiscalité princières. Dans ce cas, la surabondance de sources a pu constituer un frein et stopper bien des recherches prometteuses. Il ne s'agit là que de quelques pistes majeures, le lecteur aura le bonheur de découvrir les détails propres à chaque période et discipline à la lecture des textes.

La richesse des contributions, ainsi que le nombre de travaux qu'elles présentent font de ce recueil, malgré les quelques inévitables faiblesses discutées ici, un outil de recherche précieux. *Gli spazi Sabaudi* constitue désormais un point de départ incontournable pour tout travail portant sur les espaces sous la domination de la Maison de Savoie depuis le Moyen Âge jusqu'au XXe siècle.

Mathieu Caesar, Genève

Karl Härter, **Strafrechts- und Kriminalitätsgeschichte der Frühen Neuzeit,** Berlin / Boston: De Gruyter Oldenburg, 2018 (methodica – Einführungen in die rechtshistorische Forschung, Bd. 5), X + 204 Seiten.

In den letzten Jahrzehnten hat sich das Forschungsfeld zu Kriminalität, Strafjustiz und Strafrecht als prosperierende Subdisziplin der Geschichtswissenschaft etabliert. Mit seiner Einführung liefert der Rechtshistoriker Karl Härter erstmals eine deutschsprachige Übersichtsdarstellung, welche die beiden Fachrichtungen, Strafrechts- sowie Kriminalitätsgeschichte, in integrativer Perspektive diskutiert. Dieser Ansatz ist begrüssenswert, zumal sich die rechtlich-institutionell gestützte Strafrechtsgeschichte und die sozial- und kulturhistorisch orientierte Kriminalitätsgeschichte nach anfänglichen Berührungsängsten

angenähert und gegenseitig bereichert haben. Ziel des Autors ist es, diese fruchtbaren Wechselwirkungen sowie das resultierende interdisziplinäre Potenzial beider Bereiche aufzuzeigen und für künftige Forschungen nutzbar zu machen. Damit geht er in dieser Hinsicht einen Schritt weiter als Gerd Schwerhoff, der in seiner Einführung in die Historische Kriminalitätsforschung das Thema «Kriminalität und Recht» zwar durchaus aufgreift, die geschichtswissenschaftliche Untersuchung von Kriminalität jedoch primär aus einem kulturhistorischen Blickwinkel erfasst.[1]

Die vorliegende Einführung erscheint in der Reihe *methodica – Einführungen in die rechtshistorische Forschung*, die vom Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte (Frankfurt a. M.) herausgegeben wird. Dem Zweck dieser Institutsreihe entsprechend beleuchtet Härters Einführungswerk schlaglichtartig die Strafrechtsgeschichte als wichtigen Teilbereich der Rechtsgeschichte und vermittelt grundlegende Informationen über Quellen, Hilfsmittel, Methoden und Konzepte. Die Darstellung behandelt räumlich das Heilige Römische Reich deutscher Nation und umfasst eine Zeitspanne vom späten Mittelalter bis ins 19. Jahrhundert.

Einleitend bietet das Buch einen Überblick über die Historiografie beider Forschungsrichtungen und stellt die wichtigsten Themenfelder, Methoden und Ergebnisse vor. Einerseits werden in diesem Kapitel die Differenzen der beiden Forschungszweige deutlich. Andererseits demonstriert der Autor eloquent das interdisziplinäre Potential, welches sich insbesondere in gemeinsamen Schnittstellen in den Quellen und in den Anleihen bei allgemeinen sozial- und kulturwissenschaftlichen Konzepten herauskristallisiert. Im folgenden Kapitel werden zentrale Begriffe, Theorien und Konzepte von Kriminalität, Strafrecht und Strafjustiz historisch-analytisch diskutiert. Dabei unterstreicht Härter die gegenseitige Abhängigkeit von historischer Kriminalitätsforschung und Strafrechtsgeschichte und führt sein Plädoyer für eine stärkere interdisziplinäre Vernetzung beider Disziplinen weiter aus. So bedürfen die durch Multinormativität, Pluralität und Diskursivität charakterisierten strafrechtlichen Normen der Frühen Neuzeit einer historisch operationalisierbaren Legaldefinition von Kriminalität, welche die «historische Realität» des Umgangs mit Kriminalität berücksichtigt. Die historische Kriminalitätsforschung versteht Kriminalität als gesellschaftliches Konstrukt, als Produkt von Normen und Zuschreibungsprozessen, die dem historischen Wandel unterworfen sind. Ohne Rückbindung an Normativität hält jedoch auch das Devianz-Konzept nicht stand.

Eindrucksvoll präsentiert die vorliegende Einführung in ihrem ausführlichsten Teil sämtliche Quellen, die im Zusammenhang mit Kriminalität, Strafrecht und Strafjustiz im Alten Reich entstanden sind. Diese reichen von den strafrechtlichen Normen über Gerichts- und Kriminalakten aus der Rechtspraxis bis hin zu öffentlichen Medien, die sich im Zusammenhang mit der Strafjustizpraxis entwickelten. Die Quellen werden sehr sorgfältig in der Logik ihres Entstehungskontextes besprochen. Der Autor thematisiert quellenkritisch das Potenzial der verschiedenen Akten und die sich ergebenden Analysemöglichkeiten. Auch die entsprechenden Hilfsmittel für den Umgang mit den Kriminalquellen sowie Editionen finden Erwähnung.

In einem weiteren Teil werden kurz die wichtigsten Forschungskontroversen wie das Verhältnis von Strafrecht, Strafjustiz und Kriminalität, die Divergenz von Norm und Justizpraxis, die These der Zivilisierung der Gewalt oder die Funktion der Strafjustiz im historischen Wandel vorgestellt. Knapp verweist der Autor auf weitere Forschungsper-

1 Gerd Schwerhoff, Historische Kriminalitätsforschung, Frankfurt a. M. / New York 2011.

spektiven, welche sich aus einer interdisziplinären Sichtweise ergeben. Abgerundet wird der Band mit einer umfassenden Bibliografie.

Insgesamt bietet die Einführung eine sehr gelungene und übersichtliche Darstellung beider Teildisziplinen und viele Hinweise auf fruchtbare Synthesen. Etwas bedauerlich ist, dass die unterschiedlichen geschichtswissenschaftlichen Forschungsergebnisse nur stark zusammenfassend diskutiert werden. Durch die Eingrenzung auf die deutschsprachige Forschungslandschaft verpasst zudem auch diese Einführung die Chance, endlich den Blick über den Tellerrand zu wagen und einen gesamteuropäischen Abriss zu skizzieren. International sehr produktive Ansätze wie die für die Historische Kriminalitätsforschung bedeutende Gender-Forschung kommen so kaum zur Sprache. Erfreulich sind hingegen Akzentuierungen auf innovative Forschungstendenzen wie das Konzept der Infrajustiz, welches den Bereich der aussergerichtlichen Konfliktregulierung erfasst, oder die Bedeutung von Kommunikationsprozessen und Medien in der Kriminalitätsforschung.

Obwohl Härter mit seinem Buch wichtige neue konzeptuelle Impulse aufzeigt, die künftig für beide Forschungsrichtungen relevant sind, bleibt Schwerhoffs Einführungswerk für die Historische Kriminalitätsforschung als solche weiterhin unverzichtbar. Während Härters Einführung ganz der Forderung der Herausgeber nach einer «praktischen Anleitung» für rechtshistorisches Arbeiten nachkommt, beschäftigt sich Schwerhoff seinem sozial- und kulturhistorischen Hintergrund entsprechend mit den Erscheinungsformen der Kriminalität und ihrem Wandel in der Geschichte. Dadurch rücken die einzelnen Deliktfelder und Delinquenten stärker in den Fokus und Kriminalität wird auch in ihrer sozialen Dimension fassbar. Dennoch: Mit der vorliegenden Einführung ist der gemeinsame Grundstein für eine synthetisierende Forschung in beiden Subdisziplinen, der Strafrechts- sowie der Kriminalitätsgeschichte, gelegt.

Tina Adam, Bern

André Holenstein, Patrick Kury, Kristina Schulz, **Schweizer Migrationsgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart,** Baden: Hier + Jetzt, 2018, 384 Seiten, 85 Abbildungen und Tabellen.

Den *Homo migrans* gibt es, seit es den *Homo sapiens* gibt – darauf verweisen Historikerinnen und Historiker bereits seit mehreren Dekaden. Die Tatsache, dass Wanderungsbewegungen eine «historische Normalität» (S. 11) darstellen, ist deshalb vielleicht weniger erstaunlich. Vielmehr interessiert die Frage nach den Gründen für Migrationsbewegungen, ihren vielfältigen Formen und Ausprägungen, ebenso wie die Frage nach ihren Gestaltungsmöglichkeiten und Einschränkungen. Es ist das grosse Verdienst der Autorin Kristina Schulz und der beiden Autoren André Holenstein und Patrick Kury, eine umfassende Gesamtdarstellung der Schweizer Migrationsgeschichte aus einer transnationalen Perspektive vorgelegt zu haben. Die *Schweizer Migrationsgeschichte* ist eine flüssig geschriebene, hauptsächlich auf bestehender Literatur basierende Zusammenschau, die durch eine sorgfältige Auswahl an Bildern ergänzt wird. Die Leserin erfährt viele interessante Details, die eingeflochtenen Einzelschicksale machen das chronologisch angelegte Buch lebendig.

Für die Phase des Mittelalters und der Frühen Neuzeit verweist André Holenstein auf verschiedene wegweisende Aspekte: In der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Eidgenossenschaft stellte die «militärische Arbeitsmigration» (Reisläufer, Söldner, Militärunternehmer) die grösste Gruppe unter den Karriere- und Arbeitsmigranten dar, noch vor der «zivilen Arbeitsmigration» von Spezialisten aus Handwerk und Gewerbe.

Seit den militärischen Erfolgen der eidgenössischen Krieger in den Burgunderkriegen (1474–1477) stieg die Nachfrage der kriegführenden europäischen Mächte nach ihnen massiv an. Geopolitische Gründe spielten ebenfalls eine Rolle, etwa während des Krieges in Oberitalien, als die Rivalen Frankreich und Habsburg die benachbarte Eidgenossenschaft als militärischen Bündnispartner zu vereinnahmen suchten. Die Kapitel zur zivilen Arbeitsmigration zeigen zudem besonders deutlich, dass die Schweiz schon im Spätmittelalter in die Globalisierung der Ökonomie involviert war. Durch den Transfer und den Austausch von Rohgütern wie Baumwolle, Rohseide, Edelmetall und den Import von Kolonialwaren entwickelte sich ein kommerzielles Netz von der Schweiz bis zu den Küsten des Atlantiks, des Mittelmeeres und der Nordsee. Fernhändler wie auch Hausierer waren Teil dieser mobilen, mit Waren handelnden Gesellschaft.

Zur internationalen Migration gehörten aber auch andere Wanderer, etwa im 18. und 19. Jahrhundert die Zuckerbäcker, Chocolatiers und Kastanienröster aus den südalpinen Tälern und dem Bündnerland; Wissenschaftler als hoch qualifizierte Spezialisten, denen im Ausland oftmals ein höheres Sozialprestige zukam; oder die sogenannten *Schwabenkinder*, die sich als billige Arbeitskräfte vermutlich schon seit dem 17. Jahrhundert verdingten. «Flucht- und Zwangsmigration» hingegen machten zwar insgesamt für die frühe Neuzeit nur einen kleinen Teil der Migrationswanderungen aus, aber unter den Einwandernden in die Schweiz stellten die aus religiös-konfessionellen oder politischen Gründen Geflohenen bis ins 19. Jahrhundert die grösste Gruppe dar. Der Autor revidiert mit seinem Blick auf die zivile und militärische Arbeitsmigration ebenso wie auf die vielfältigen Fluchtbewegungen die Vorstellung eines Gegensatzes zwischen einer «sesshaften» Vormoderne und einem mobilen industriellen Zeitalter.

Mit der Ausbildung des modernen Nationalstaates fanden, so zeigen die von Patrick Kury verfassten Kapitel, wichtige Veränderungen statt. Der Übergang vom kantonalen zu einem bundesstaatlichen Migrationsregime während des Ersten Weltkrieges war geprägt von einer staatlichen Zentralisierung und der sogenannten «Überfremdungsfrage». Deutlich werden ab dem 19. Jahrhundert auch die immer weitreichenderen geografischen und räumlichen Dimensionen von kollektiven und individuellen Wanderungen im Zuge der «beschleunigten Globalisierung»: von den aus Osteuropa flüchtenden Juden, von denen sich nur ein kleiner Teil in der Schweiz niederliess, über die Bildungsmigration, die auch Studentinnen aus Osteuropa umfasste, bis hin zur Auswanderung in alle Teile der Welt im Zuge von Arbeits- und Siedlungsmigration, auch im Kontext kolonialer Unternehmen. Erkennbar wird, dass Migration die Geschichte der Schweiz mitgestaltet hat, aber ebenso Schweizer Migrantinnen und Migranten andere Gesellschaften. Die Gründung von bekannten Schweizer Firmen durch Einwanderer (Bally, Nestle, Maggi) und der Bau wichtiger Verkehrsinfrastrukturen im Land selbst (Gotthard- und Simplontunnel) sind nur einige der Beispiele, die der Autor erwähnt.

Die von Kristina Schulz geschriebenen Kapitel machen die zunehmende Bedeutung von übernationalen Akteuren und Abkommen in der Folge des Zweiten Weltkrieges, gerade auch im Bereich der Flüchtlingspolitik, deutlich – angefangen von der Genfer Flüchtlingskonvention (1951) bis hin zum Schengener Abkommen und den Dublin-Bestimmungen –, die die Schweiz bis zu einem gewissen Grad in eine europäische und globale Entwicklung der Migrationsregelung integrierten. Wesentlich für die Schweizer Migrationspolitik war aber auch der Übergang von einem eher liberalen zu einem restriktiven Asylgesetz, das neue Massstäbe setzte. Diese Veränderung fand während der 1980er und 1990er Jahre statt, vor dem Hintergrund einer steigenden Zahl an Asylsuchenden aus

dem «globalen Süden», der diskursiven Verfestigung des sogenannten «Asylmissbrauchs» und des «permanenten Wahlkampfs» in Form von Initiativen seitens rechtspopulistischer Kräfte, was zu konstanten Verschärfungen in der Asylgesetzgebung führte. Ebenso entwickelte sich aber in dieser Zeit ein ziviler Widerstand seitens verschiedener Solidaritätsbewegungen – noch immer ein stark unterbeleuchtetes Kapitel der Schweizer Geschichte. Noch deutlicher als ihre Co-Autoren in den vorangehenden Kapiteln hebt die Autorin die Bedeutung von Geschlecht – etwa im Kontext der Lagerinternierung während des Zweiten Weltkrieges oder der «Care-Migration» im neuen Jahrtausend – hervor. Zudem widerspricht der für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts nachweisbar steigende Anteil von Frauen bei der Arbeitsmigration dem Bild des männlichen und alleinstehenden Gastarbeiters.

Durch differenzierte Analysen gelingen dem Autorenkollektiv immer wieder Korrekturen gängiger, zu Stereotypen geronnener Vorstellungen von Migration. Einige interessante, die gesamte Schweizer Migrationsgeschichte prägende Faktoren sind hier erwähnenswert: Die «Fluchtmigration» hatte zum einen erinnerungspolitische Auswirkungen auf die Schweizer Gesellschaft und die Flüchtenden selbst. Zum anderen stellte sie in verschiedenen Jahrhunderten immer wieder eine finanzielle, logistisch-organisatorische und zuweilen auch politisch-kulturelle Herausforderung dar. In Zeiten, in denen von einer «Flüchtlingskrise» geredet wird, ist es hilfreich daran zu erinnern, dass Fluchtmigration – oftmals auch verbunden mit Phasen von Ausschaffungen – fast durchweg einen wichtigen Teil der Schweizer Geschichte darstellt. Ebenso hervorzuheben sind die zahlreichen Hinweise auf die Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten über die Jahrhunderte, die von deren Handlungsspielräumen zeugen.

Das Buch ist für ein allgemeines, historisch interessiertes Publikum konzipiert, es setzt kein Spezialwissen voraus. Theoretisch wird kein Neuland betreten, der Band dient vielmehr als Grundlage für weitere Forschungsarbeiten. Hier wären verschiedene Felder zu nennen: etwa (der Forderung verschiedener Historikerinnen und Historiker folgend) der stärkere Einbezug von *race* auch jenseits der für die Schweiz wichtigen antisemitischen Ausformung. Eine klarere Konturierung intersektionaler Zugänge könnte sich hier als durchaus fruchtbar erweisen und verdeutlichen, wie auf vielfältige Art und Weise die Problematisierung bestimmter Mobilitäten als «Migration» Fragen von Differenz und «Fremdartigkeit» zwar in gesetzlichen oder «kulturellen» Begrifflichkeiten konstruiert, aber dennoch entlang der Logiken von intersektionalen Kategorien organisiert ist. Auch Fragen von Wissen über und von MigrantInnen, der zunehmenden und sich verändernden Bedeutung von Grenzen und der immer stärker fragmentierenden «Labels» im Kontext der Migrationsregulierung sind weitere Aspekte, die einer vertieften Untersuchung bedürfen. Grundsätzlich stellt sich auch die Frage, wie sich der Band mit Bezug auf die in der letzten Dekade vermehrt geforderte «De-Migrantisierung» positioniert – das heisst: Migration anstatt als separates Objekt von Forschung und Gesellschaft als integralen Aspekt der Erforschung von Gesellschaften und der Welt ernst zu nehmen, einhergehend mit einer «De-Migrantisierung» der individuellen Menschen. Das vorliegende Werk könnte für eine solche Debatte einen wichtigen Ausgangspunkt darstellen.

Barbara Lüthi, Köln

Brigitte Ruckstuhl, Elisabeth Ryter, **Von der Seuchenpolizei zu Public Health. Öffentliche Gesundheit in der Schweiz seit 1750,** Zürich: Chronos, 2017, 344 Seiten, 176 Abbildungen.

Wer sich zur Entwicklung der öffentlichen Gesundheit in der Schweiz vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart eine erste Orientierung verschaffen will, wird diese gut lesbare Darstellung mit Gewinn zur Hand nehmen. Sie bietet ein reich bebildertes und mit kurzen Personenportraits versehenes Panorama über Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung. Aktuell suchen Forschende vieler Disziplinen nach bestimmendem Einfluss auf dieses Gebiet und seine Abgrenzung zur kurativen Medizin. Eine grosse Zahl von Berufen handelt darin überdies die Zusammenarbeit und ihre hierarchischen Positionen untereinander aus. Internationale Organisationen, staatliche Behörden und zivilgesellschaftliche Institutionen treten als Akteure auf, wirtschaftliche und politische Interessen konkurrieren. Die Historikerin Brigitte Ruckstuhl und die Sozialwissenschafterin Elisabeth Ryter wollen in ihrem Buch öffentliche Gesundheit als Kontinuum in der Geschichte der Schweiz darstellen und sie als «Politik- und Handlungsfeld gegenständlicher und fassbarer» werden lassen (S. 11). Dafür haben sie hauptsächlich Sekundärliteratur verarbeitet, was ein ausführlicher Anmerkungs- und bibliographischer Apparat belegt. Ihre chronologische Darstellung ist in acht Kapitel gegliedert, die entweder auf ein phasenweise die öffentliche Gesundheit dominierendes Konzept oder auf die Aufgaben von Kantonen und Gemeinden respektive des Bundes ausgerichtet sind. Eine Einführung am Beginn und ein Fazit am Ende jedes Kapitels erleichtern die Leseorientierung erheblich.

Der bürgerliche Gesundheitsdiskurs, die «medizinische Policey» und die Pockenschutzimpfung im *Ancien Régime* setzen den Auftakt. Unter dem Titel «Hygienerevolution» — ein Begriff, den Beatrix Mesmer geprägt hat — wird die Gesundheit des Volkes als Transmissionsriemen für die Schaffung von Hygieneinstituten an den Universitäten, die Professionalisierung des Ärztestandes und die staatliche Regulierung der medizinischen Versorgung unter dessen Führung geschildert. Die beiden daran anschliessenden Kapitel beleuchten die Produktivität dieses hygienischen Programms ab dem mittleren Drittel des 19. Jahrhunderts, das im Zeichen der Bakteriologie in Staat und Gesellschaft durchstartete. Die Kantone und Gemeinden führten die Assanierung des Trinkwassers, der Abwasser, der Abfälle oder des Bestattungswesens durch und etablierten die Bau- und Lebensmittelkontrolle sowie gesundheitliche Massnahmen in der Volksschule. Die Eidgenossenschaft erliess die schweizweit gültige Fabrik- und Epidemiegesetzgebung und führte das Alkoholmonopol des Bundes über Obst- und Kartoffelbrände sowie die Kranken- und Unfallversicherung ein. In den überblicksartigen Ausführungen wird mehrfach deutlich, dass das männliche Stimmvolk staatliche Obligatorien im Namen der Gesundheit ablehnte oder lediglich für die Unterschichten goutierte. Wie die sozialen Verhältnisse als Ursachen für Krankheit und Sterblichkeit ins Zentrum der öffentlichen Hygiene rückten verfolgt die Darstellung an der Bekämpfung der Tuberkulose, der Säuglingssterblichkeit und der Geschlechtskrankheiten in der Schweiz. Die Autorinnen streifen die Anfänge der Gesundheitsstatistik und die Konflikte zwischen medizinischer und moralischer Opportunität von kurativen respektive präventiven Strategien. Die Fülle der Gesundheitsprobleme, welche Ärzteschaft, Politiker, Verwaltungsbeamte, wirtschaftliche Interessenvertreter sowie Frauen und Männer in Vereinen und Gesellschaften in den Fokus nahmen, wuchs bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts allmählich an. Am Beispiel der Tuberkulose lässt sich das zeittypische gesellschaftliche Handlungsmuster unter den damaligen Leitbegriffen der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt erkennen: in Public

Private Partnership entstand ein therapeutisches wie auch ein präventives Netz, das Heilstätten und Fürsorgestellen, Spendenaktionen und Subventionsprogramme, Verbote, Angebote und Anordnungen zur gesundheitlichen Vorsorge ebenso wie Kur-, Kontroll- und Zwangsmassnahmen ineinander verwob. Dieses richtete sich nicht nur an die krankheitsbetroffenen Individuen, ihre Angehörigen und einzelne als besonders gefährdet geltende soziale Gruppen, sondern an die gesamte Gesellschaft.

Für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zeichnet ein Kapitel die «therapeutische Revolution» (S. 178) nach, in deren Folge der kontinuierliche Ausbau der medizinisch-technischen Krankenversorgung Anliegen der Hygiene im öffentlichen Gesundheitswesen überlagerte. Gleichzeitig erbrachten die Gesundheitsligen als nicht-gouvernementale Organisationen mehr professionelle Dienste, teilweise im Auftrag der öffentlichen Hand. Ausgerichtet auf spezifische Krankheitsgruppen (Lungen-, Rheumaliga etc.) vereinigten sie unter ihrem Dach Forschungsförderung, schweizweite Vorsorge- und Früherkennungskampagnen sowie lokale soziale Beratung. Mit dem Ende der *Trente Glorieuses* stieg in der Schweiz der Einfluss der Gesundheitsökonomie und der gesamtgesellschaftlichen Gesundheitsplanung. Das Kapitel zu Sozial- und Präventivmedizin und *New Public Health* verfolgt, wie sich die öffentliche Gesundheit mit dem Denkmodell der *Risikofaktoren* veränderte, jenen Elementen wie etwa Rauchen oder Bluthochdruck, welche die Entstehung und den Verlauf von Krankheiten beeinflussen. Erneut wurden dadurch individuelles Verhalten und soziale Lebens- und Arbeitsumstände problematisiert. Neue Bildungs-, Forschungs- und medizinische Institutionen wurden geschaffen, die auf chronische Leiden, Drogenprobleme und auf die neue Infektionskrankheit Aids ausgerichtet waren. *New Public Health* verstand in Anlehnung an die Ottawa-Charta der WHO von 1986 Gesundheit als Querschnittsaufgabe aller Politik- und Gesellschaftsfelder. Der Lebensweltenansatz der Charta und ihre Prinzipien – Partizipation, Empowerment und Chancengleichheit (S. 240) – lenkten den Fokus hin zu den gesundheitlichen Ressourcen von Bevölkerungsgruppen und Einzelpersonen. Die Einflüsse von Genetik und Genomik sowie der Digitalisierung auf die zukünftige öffentliche Gesundheit werden im letzten Kapitel diskutiert.

Das entscheidende Charakteristikum in der Geschichte der öffentlichen Gesundheit erkennen die Autorinnen in der Medikalisierung, mithin in dem durch Experten gesteuerten Prozess, «der immer mehr Lebensbereiche in die medizinische Deutungshoheit integrierte» (S. 11). Unter dieser Prämisse haben sie weitgehend eine Geschichte der öffentlichen Gesundheit 'von oben' geschrieben, auch wenn sie einzelne Passagen medizinkritischen und anderen sozialen Bewegungen gewidmet haben. Noch stärker als 'von oben' ist die Darstellung 'im Innern' der öffentlichen Gesundheit angesiedelt. Die beiden Autorinnen sind durch ihre langjährige Tätigkeit mit den Public-Health-Institutionen in der Schweiz vertraut und sie verdanken (S. 15) diesem Netzwerk vielfältigen Rückhalt für ihr historisches Projekt. Die Logik des Buches akzentuiert die Errungenschaften, Leistungen und Reformen auf diesem Gebiet. Dies mag ein Grund dafür sein, dass die Befunde der historischen Forschung zu kritischen Aspekten von Krankheitsprävention und Gesundheitspflege nicht berücksichtigt wurden. Namentlich werden die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen nicht thematisiert und die Eugenik nur kurz im Zusammenhang mit Bunges und Forels Argumenten zur Bekämpfung des Alkoholismus gestreift (S. 126 f.). Themen der psychischen Gesundheitspflege jenseits der Suchtprobleme und den Anfängen der Sozialpsychiatrie fehlen gänzlich. In einem Land, das in Europa eine überdurchschnittlich hohe Suizidrate aufweist, wäre eine Darstellung zur Entwicklung der Suizid-

prävention ebenso relevant wie jene der Unfallverhütung und Kariesprophylaxe. Dies sollte jedoch weder Berufsleute aus dem Public-Health-Kontext noch mit dem Gebiet unvertraute Historiker/innen von der Lektüre des Buches abhalten, um aus den vorhandenen wie auch aus den fehlenden Aspekten eigene Einsichten zu gewinnen.

Sabina Roth, Zürich

Werner Ort, **Die Schülerrepublik im Schloss Reichenau. Ein pädagogisches Experiment,** hg. vom Institut für Kulturforschung Graubünden, Baden: Hier + Jetzt, 2018, 288 Seiten, 23 Abbildungen.

Anders als der Titel zunächst vermuten lässt, behandelt die im Rahmen eines Projekts des Instituts für Kulturforschung Graubünden entstandene Studie zur «Schülerrepublik im Schloss Reichenau» des Historikers und Zschokke-Biografen Werner Ort nicht nur das 1793 eröffnete Seminar Reichenau, sondern nimmt immer wieder auch auf seine «Vorgänger» in Haldenstein, Marschlins und Jenins sowie auf die Geschichte der Reichenau, Graubündens und Europas Bezug.

Der Aufbau des Bandes ist nach einführenden Kapiteln schwach chronologisch und nimmt seinen Ausgangspunkt bei Johann Baptista von Tscharner, der «Gründerpersönlichkeit» des Seminars Reichenau. Von 1763 bis 1768 war er Schüler des vom Zizerser Pfarrer Martin von Planta gemeinsam mit Johann Peter Nesemann gegründeten Seminars in Haldenstein gewesen, das 1771 wegen Platzmangel nach Marschlins verlegt worden war. Das Seminar Haldenstein habe, so Ort, Tscharners republikanisch-patriotische «Sicht auf die Welt» wesentlich geprägt (S. 48 f.). Sein «mehr von Idealismus und Optimismus als von Realismus» geprägtes Bestreben (S. 67), in Graubünden nach der Schliessung von Haldenstein / Marschlins wieder eine solche Schule aufzubauen, welche «unsere Söhne insbesondere zu Bündnern und recht eigentlich für unser Vaterland» erziehen solle, wurde zwar von der Standesversammlung begrüsst, von den Gemeinden jedoch mit dem Hinweis verworfen, man solle doch lieber die Dorfschulen verbessern (S. 51). Trotzdem gründete Tscharner die private «Nationalschule von Jenins», welche ausser von seinen eigenen Söhnen nur von wenigen weiteren Kindern besucht wurde. 1793 bot sich ihm dann die Gelegenheit, auf Schloss Reichenau eine grössere Privatschule für Knaben von ca. 10 bis 18 Jahren zu eröffnen: das Seminar Reichenau. Als Schulleiter wurde der inzwischen betagte Nesemann engagiert, der bereits in Haldenstein und Marschlins Lehrer und Schulleiter gewesen war. Die Schülerschaft – neben den Söhnen Tscharners und derjenigen seiner persönlichen oder Parteifreunde der Patrioten fanden auch etliche Söhne von ehemaligen Haldenstein-Schülern den Weg an die neue Privatschule – sollte eine «Gemeinschaft der Gleichberechtigten» (S. 64) sein, weshalb Kinder von Grossbauern, Kaufleuten oder Aristokraten laut Ort «alle gleich behandelt» und die Schulgelder niedrig gehalten worden seien (S. 67 f.).

Dass das Seminar zwischen der Gründung auf Haldenstein und der Eröffnung von Tscharners Seminar in Reichenau für einige Jahre auf das Schloss Marschlins, den Herrschaftssitz von Tscharners politischem Gegner, dem eher aristokratisch gesinnten Ulysses von Salis-Marschlins, verlegt und gemäss dessen Willen ab 1772 zunehmend auf die Lehre des deutschen Philanthropen Johann Bernhard Basedow ausgerichtet worden sei, stellt Ort als in der Person Salis-Marschlins begründete Abkehr von den ursprünglich idealistischen Zielen der Anstalt sowie auch von dem angeblich weiterhin in der pietistischen Tradition der Francke'schen Stiftungen zu Halle agierenden Nesemann dar. Diese beachtenswerte These eines starken Bruches in der Geschichte von Haldenstein / Marschlins

hätte unter Einbezug der bestehenden Forschungsliteratur diskutiert und so argumentativ weiter gestärkt werden können, zumal Nesemann bis auf die letzten zwei Jahre an beiden Orten leitend und lehrend involviert blieb und etwa die den Halleschen Gepflogenheiten entgegenlaufende Schülerrepublik bereits in Haldenstein pflegte.[2]

In der Schülerrepublik erkennt der Autor trotz ihrer stetigen Veränderungen denn auch ein Moment der Kontinuität zwischen den verschiedenen Anstalten. In Haldenstein befasste sie sich unter Teilnahme der Lehrpersonen zunächst vorwiegend mit Disziplinarfragen (S. 156), wurde später jedoch zu einer öffentlichen Form der Schülerselbstverwaltung, auf deren wöchentlichen Zusammentreffen Modifikationen und Übertretungen der selbstverordneten Regeln sowie auch Rechtsfälle und Dilemmata berühmter Männer verhandelt und so auch das öffentliche Reden eingeübt wurde (S. 162 f.; 172 f.). Zuletzt wurde die Schülerrepublik unter dem Magdeburger Heinrich Zschokke zu einem «pädagogischen Tribunal» und «Sittengericht» umgestaltet. Letzteres stellte gegenüber Haldenstein eine Reichenauer Neuerung dar und beurteilte die einzelnen Schüler nach Charakter und Entwicklung. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit und auch des jeweils verhandelten Schülers sollte nicht nur das Fehlerhafte, sondern auch das Gute im Menschen zum Thema gemacht und so die Sittlichkeit gefördert werden (S. 190; 198 f.). Angesichts der unterschiedlichen Ausprägungen dieser für die Zeit ungewöhnlichen Schulpraktik hätte die Studie hier gerne etwas analytischer werden dürfen, um beispielsweise die Frage zu klären, welchen Stellenwert das «pädagogische Experiment» der Schülerrepublik im jeweiligen Gesamtsetting der Schule hatte. Schülermitschriften von Lektionen deuten eher auf klassischen Frontalunterricht auf teilweise universitärem Niveau hin als auf die in der Programmatik des Seminars betonten spielerischen und kindgerechten Lehr- und Lernmethoden (S. 149; S. 167). Eine eingehendere Diskussion solcher in der Studie immer wieder angedeuteter Spannungsfelder wäre trotz der zu Recht vom Autor erwähnten Quellenknappheit ganz allgemein wünschenswert gewesen. So hätte man beispielsweise gerne mehr darüber erfahren, was die Akteure im Seminar unter «Bürgersinn» und «Bürgertugenden» verstanden, die in Reichenau speziell gefördert werden sollten, und in welchem Verhältnis diese – gerade angesichts der internationalen Schülerschaft – zum Begriff der Nation in dem von Tscharner angestrebten «nationale[n] Erziehungsprogramm» (S. 106) standen.

Eine Herausforderung für das Seminar stellten auch die politischen Wirren der Zeit dar, wie der Erste Koalitionskrieg, die jakobinische Schreckensherrschaft in Frankreich und die damit verwobenen politischen Verwerfungen im Bündnerland, in deren Folge das Seminar Reichenau im Februar 1794 ein erstes Mal geschlossen wurde, um aber im Sommer darauf mit neuen Lehrern und Schülern bereits wieder zu eröffnen. Unter den neuen Lehrpersonen war auch Zschokke, der umgehend auf eine verbesserte Werbung drängte und dem Seminar eine blühende Zukunft versprach. Als er 1797 schliesslich selbst die

2 Siehe z. B. Anne Bosche, Loose coupling als konstitutives Element der Organisation von Schule: Das Fallbeispiel Haldenstein-Marschlins in der Schweiz des 18. Jahrhunderts, in: Michael Göhlich, Caroline Hopf, Daniel Tröhler (Hg.), Persistenz und Verschwinden. Pädagogische Organisationen im historischen Kontext, Wiesbaden 2008, S. 69–81; Martin Schmid, Das Seminar Reichenau, in: Bündner Jahrbuch. Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens 3 (1961), S. 79–84; Daniel Tröhler, Republikanismus als Erziehungsprogramm: Die Rolle von Geschichte und Freundschaft in den Konzepten eidgenössischer Bürgerbildung der Helvetischen Gesellschaft, in: Michael Böhler et al. (Hg.), Republikanische Tugend. Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers, Genf 2000, S. 401–421.

Direktion übernahm, geriet das Seminar allerdings rasch erneut in finanzielle Schwierigkeiten und musste im Frühjahr 1798 endgültig geschlossen werden.

Werner Orts Darstellung des ungefähr fünfjährigen Bestehens des Seminars Reichenau zeugt von einer ausgezeichneten Kenntnis der herangezogenen Quellen und der zeitgenössischen Politikgeschichte der Reichenau, Graubündens und Europas. Beides verbindet der Autor immer wieder geschickt miteinander, worin eine grosse Stärke seiner Studie liegt. Die an einzelnen Protagonisten wie Tscharner, Nesemann und Zschokke ausgerichtete Erzählung sowie das zeitliche Vor- und Zurückspringen zwischen Vorgängerinstitutionen und dem Seminar Reichenau erschweren es teilweise etwas, die chronologische Entwicklung des Seminars im Blick zu behalten. Eine konkrete, auf das Seminar Reichenau bezogene Fragestellung und ein intensiverer Einbezug der einschlägigen Forschungsliteratur hätten den Erzähl- und Argumentationsfaden gestärkt und die Lektüre erleichtert. Dennoch ist dem Autor mit der vorliegenden Studie eine quellengesättigte und kenntnisreiche Darstellung des Seminars Reichenau, seiner Vorgängerinstitutionen sowie auch der prägenden Persönlichkeiten im politikgeschichtlichen Kontext der Zeit gelungen.

Andrea De Vincenti, Zürich

Silvia Hess, **Morgarten. Die Inszenierung eines Ortes**, Baden: Hier + Jetzt, 2018, 284 Seiten, 19 farbige und 53 s/w Abbildungen.

Die an der Universität Luzern entstandene Dissertation ist aus dem SNF-Forschungsprojekt *Touristischer Geschichtsgebrauch: Die Postproduktion des Mittelalters im 21. Jahrhundert* hervorgegangen, das unter der Leitung von Valentin Groebner zwischen 2013 und 2016 durchgeführt worden ist. Silvia Hess nimmt das «Superjubiläumsjahr 2015», in dem an zahlreiche, die eidgenössische und die schweizerische Geschichte prägende Ereignisse erinnert wurde (1315: Schlacht am Morgarten, 1415: Eroberung des Aargaus, 1515: Schlacht bei Marignano, 1815: Wiener Kongress) zum Anlass, um die «Inszenierung» des ehemaligen Schlachtortes Morgarten vor allem unter dem Aspekt des «touristischen Geschichtsgebrauchs» (S. 19) näher zu analysieren. Ihre Darstellung gliedert sie dabei in verschiedene Zeitabschnitte, in welchen sie die stufenweise Entwicklung des Erinnerungsortes «Morgarten» vom späten 18. Jahrhundert bis in die heutige Zeit aufzeigt. Zum einen interessiert sie anhand des konkreten Beispiels «Morgarten» der politische Gebrauch von Geschichte, zum anderen aber auch die Nutzung eines historischen Orts zum Aufbau einer Fremdenverkehrsattraktion.

Obwohl die genaue Ursache für die Schlacht zwischen Habsburg und Schwyz wie auch der konkrete Ort des militärischen Ereignisses bis heute ein Geheimnis der Geschichte sind – selbst archäologische Forschungen der jüngeren Zeit können bis anhin keinen genaueren Aufschluss über letzteren geben –, wurde das Schlachtfeld seit dem späten 18. Jahrhundert als «klassische Stelle» und «historische Stätte» von Reisenden aufgesucht und beschrieben. In der sich seit Beginn des 18. Jahrhunderts entwickelnden Helvetophilie spielte «Morgarten» zunächst fast keine Rolle; nur wenige Reiseberichte erwähnen den Ort. Neben den Naturschönheiten der Alpenwelt waren vielmehr Zeughäuser mit ihren historischen Waffenbeständen gerne besuchte und oft beschriebene Destinationen von Schweiz-Reisenden, aber auch das Schlachtfeld von Murten und das dortige Beinhaus, in welchem die Knochen der in der Schlacht 1476 gefallenen Burgunder

aufbewahrt wurden.[3] Seit dem späten 18. Jahrhundert wird Morgarten als Schlachtort in Reiseberichten und Reiseführern erwähnt: Im viel gelesenen Reiseführer von Johann Gottfried Ebel («Anleitung auf die nützlichste und genussvollste Art in der Schweitz zu reisen», 1. Auflage 1793) wird explizit darauf verwiesen, dass der Ort zwar Schauplatz der ersten Freiheitsschlacht der Eidgenossen gewesen sei, doch «von den Reisenden so wenig besucht» werde.[4] Dies sollte sich in der Folgezeit ändern, weil im Laufe des 19. Jahrhunderts historische Stätten wegen des zunehmenden Ausbaus der «Fremdenindustrie» ganz allgemein sowie der damaligen «Sucht» nach Denkmälern im Besonderen aufgewertet und mit touristischer Infrastruktur ausgestattet wurden. Verspätet kam auch dem geographisch eher abgelegenen Morgarten dank aktiver Einflussnahme lokaler Akteure seit den 1880er Jahren diese Entwicklung zugute. Eigentlicher Höhepunkt in der «Herstellung» des Ortes Morgarten war die Einweihung des Morgartendenkmals 1908, dem allerdings ein jahrelanger Streit um den tatsächlichen Standort der Schlacht vorangegangen war. Der Autorin zufolge war diese «Herstellung des Orts Morgarten [...] Resultat eines nationalen und militärischen Geschichtsgebrauchs, aber auch touristischer Interessen» (S. 137). Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 wurde «Morgarten» dann zur «nationalen» Bühne für Politiker und hohe Militärkader: Der Erinnerungsort erfuhr zunehmend eine Nationalisierung und Militarisierung (letzteres durch das seit 1912 regelmässig durchgeführte *Morgartenschiessen* auf 300 Meter Distanz mit Gewehren, das 1957 durch ein Pistolenschiessen ergänzt wurde). Mit der 600-Jahr-Feier der Morgarten-Schlacht 1915 war ein erster Höhepunkt des nationalistisch-militaristischen Geschichtsnarrativs erreicht, das mit der «Geistigen Landesverteidigung» über die Zwischenkriegszeit und den Zweiten Weltkrieg hinaus beinahe nahtlos bis in die Zeit des Kalten Krieges Bestand hatte. 1965 fand mit der 650-Jahr-Feier vor allem eine Instrumentalisierung der Schuljugend statt, die ein letztes Mal mit den Idealen einer patriotisch inspirierten Nationalideologie «geimpft» wurde. Der Autorin zufolge gab es dabei durchaus kritische Stimmen über die Durchführung der Feierlichkeiten in dieser Form (S. 216–218, 226, 230f.). Die 700-Jahr-Feier der Schlacht am Morgarten wurde 2015 dann von unterschiedlichen Akteuren aus Politik, Verwaltung, Militär und Tourismus und mit den medial-digitalen Möglichkeiten der Gegenwart beworben. Insbesondere auf Primar- wie Sekundarschulstufe sollte über das Ereignis informiert werden. Neu eingerichtete Wanderwege sollten «Geschichte erlebbar» werden lassen.

In der Studie von Silvia Hess vermisst man eine vergleichende Sicht auf andere Schlachten der eidgenössischen Frühzeit wie beispielsweise Sempach oder Näfels, die ebenfalls bis heute durch eine historisch gewachsene Feierkultur geprägt sind. Im Gegensatz zu den an diesen beiden Orten jährlich durchgeführten Schlachtfeiern ist die am Morgarten bis heute jedoch – nicht zuletzt aufgrund der Schiessanlässe – stark militärisch dominiert. Ein «Schönheitsfehler» sind vereinzelt falsch gesetzte Fussnoten (beispielsweise S. 55, Anm. 165; S. 73, Anm. 236–238).

3 Siehe hierzu auch Oliver Landolt, Eidgenössisches «Heldenzeitalter» zwischen Morgarten 1315 und Marignano 1515? Militärische Erinnerungskultur in der Alten Eidgenossenschaft, in: Horst Carl, Ute Planert (Hg.), Militärische Erinnerungskulturen vom 14. bis zum 19. Jahrhundert. Träger – Medien – Deutungskonkurrenzen, Göttingen 2012 (Herrschaft und soziale Systeme in der Frühen Neuzeit, Bd. 15), S. 69–97.

4 J. G. Ebel, Anleitung auf die nützlichste und genussvollste Art in der Schweitz zu reisen, Zweyter Theil, Zürich 1793, S. 47.

Trotz dieser Einwände stellt die Studie von Silvia Hess eine wichtige Arbeit dar, die den Zusammenhang und die Bedeutung von Geschichte und Tourismus für den Erinnerungsort Morgarten exemplarisch aufarbeitet. Es ist zu hoffen, dass das Buch weitere Forschungen über die touristische Nutzung von ehemaligen Schlachtorten wie überhaupt von Örtlichkeiten historischer Ereignisse anregen wird.

Oliver Landolt, Schwyz

Jean-Claude Rebetez, Damien Bregnard (dir.), **De la crosse à la croix. L'ancien Evêché de Bâle devient suisse (Congrès de Vienne – 1815)**, Neuchâtel: Éditions Alphil, 2018, 284 pages.

Die Geschichte des Fürstbistums Basel bis zum Wiener Kongress ist Gegenstand dieser eingehenden Untersuchung. Nach einer bewegten Zeit wurde der Landstrich nach 1814/15 in die Kantone Bern und Basel integriert, wobei die Eidgenossenschaft mit dem Zuwachs der Kantone Wallis, Genf und Neuenburg zugleich im Wesentlichen ihre endgültige territoriale Ausgestaltung erfuhr.

Auf rund 240 Seiten geben neun Autorinnen und Autoren in zehn Aufsätzen einen aufschlussreichen Einblick in die historische Entwicklung der sprachlich, politisch und konfessionell heterogen zusammengesetzten Region im Nordwesten der Schweiz. Die in französischer oder deutscher Sprache abgefassten Beiträge werden jeweils durch ein Resümee in der anderen Landessprache ergänzt.

Der geschichtliche Abriss des ersten Beitrags von Jean-Claude Rebetez dient als Verständigungsgrundlage für die nachfolgenden Aufsätze. Seine informative Einführung erweist sich zudem als wertvolle Orientierungshilfe, die gezielt auf die anschliessenden Einzeluntersuchungen hinweist.

Irène Herrmann richtet in ihrem Beitrag den Blick auf die Widersprüche traditioneller Vorstellungen von der Epoche der Restauration, die unmittelbar auf Napoleons Sturz folgte. Anhand einschlägiger Beispiele legt die Autorin überzeugend die Problematik der Verwendung dieses Epochenbegriffs im Allgemeinen sowie mit Bezug auf die Eidgenossenschaft dar. Ihre These, die Restauration hätte nicht danach gestrebt, das *Ancien Régime* wieder zu etablieren, sondern im Wesentlichen das Ziel verfolgt, in Europa eine erneute Revolution zu verhindern, belegt Herrmann auf breiter Quellengrundlage.

Danièle Tosato-Rigo hinterfragt in ihrer kritischen Analyse den Mythos von der «Rettung» der neuen Kantone Waadt und Aargau durch die am Wiener Kongress vertretenen Siegermächte. Im Verlauf des Jahres 1814 stand Alexander I. als Schirmherr dieser Kantone nicht mehr voll und ganz hinter deren Interessen: Die Position Russlands wurde ambivalent. Wohl gab der Zar gegenüber Bern seine Ungehaltenheit hinsichtlich dessen Rückforderung des Berner Aargaus und der Waadt zu erkennen, zugleich suggerierte sein Minister Capo d'Istria jedoch den Bernern, Alexander I. hätte unter bestimmten Voraussetzungen nichts gegen einen Anschluss des Aargaus an ihren Kanton einzuwenden. Auch der Waadtländer Politiker Frédéric-César de La Harpe, dem mehr an der politischen Frage als an der unbedingten territorialen Souveränität seines Kantons gelegen war, vertrat nicht immer vollumfänglich die Anliegen der Waadt, weshalb ihn deren Regierung eindringlich an seinen Auftrag erinnern musste.

Marco Jorio richtet in seinem Beitrag den Fokus einerseits auf das Beziehungsnetzwerk des Generalgouverneurs Conrad Carl Friedrich von Andlau und auf die Arbeit des sogenannten Schweizer Komitees, andererseits auch auf die Strategie der siegreichen Mächte, die das Schicksal des Fürstbistums Basel mit der Neuordnung Europas und der

Schweiz verknüpften (S. 97). Da unter den Eidgenossen in Territorialfragen wenig Übereinstimmung bestand und das kleine Land wegen seiner Instabilität eine wirksame Frontstellung der Alliierten gegenüber Frankreich hätte gefährden können, sahen sich die Grossmächte veranlasst, gegenüber der Schweiz gebieterisch aufzutreten. Alle Vorschläge zur territorialen Lösung, die nicht den Vorstellungen des Schweizer Komitees, in dem namhafte Vertreter der Grossmächte sassen, entsprachen, wurden abgelehnt. Als einzige Variante lag der Anschluss des Bistums an die Kantone Bern und Basel im Interesse der Alliierten. Dadurch sollte die Eidgenossenschaft politisch und militärisch gestärkt werden und zusammen mit den anderen Nachbarstaaten Frankreichs einen «Cordon sanitaire» bilden.

Das Verhalten der lokalen Eliten im Fürstbistum Basel ist Gegenstand der fundierten Untersuchung Jean-Claude Rebetez'. Die zahlreichen Interessenkonflikte, die sich in der Bistumsfrage manifestierten, spiegelten sich in den modifizierten oder gar widersprüchlichen Haltungen der führenden Regionalpolitiker wider, die jedoch bald einsehen mussten, dass für die in Wien versammelten Fürsten kein neuer Kanton und schon gar nicht ein Episkopalstaat in Frage kam. Für die Alliierten hatten strategische Überlegungen Vorrang vor regionalen Wunschvorstellungen.

Vanja Hug und Damien Bregnard zeichnen in ihren Beiträgen das facettenreiche Bild eines in sich zerstrittenen, schwer regierbaren Fürstbistums bis zu dessen Anschluss an die Eidgenossenschaft. Im Mittelpunkt des Interesses stehen vor allem der Generalgouverneur Conrad von Andlau sowie dessen Nachfolger Generalkommissar Johann Conrad Escher, der im Auftrag der Alliierten als letzter Verwalter die Eingliederung des ehemaligen Fürstbistums Basel in die Kantone Bern und Basel erfolgreich durchführte. Auf der Grundlage eingehender Quellenstudien erfährt Andlau als bedeutendster Politiker des Fürstbistums eine ausgewogene Neubewertung seiner Tätigkeit. Nebst seiner unbestrittenen Gesinnungstreue zu Österreich und der Verlässlichkeit gegenüber den Alliierten wird auch die durchzogene Bilanz seiner Verwaltungstätigkeit erörtert. Andlau, «ein von Österreich abhängiger Befehlsempfänger und Verwalter mit relativ wenig Spielraum» (S. 142), tat sich mit der Durchsetzung seiner Finanzpolitik schwer, umso mehr, als ihm die Rückendeckung durch die in Wien versammelten Mächte weitgehend versagt blieb.

Aufschlussreiche Einblicke in die Meinungsbildung sowie in die politischen Rechte vor Ort erlaubt der Beitrag von Valentin Jeanneret und Jean-Claude Rebetez. Das anfängliche Ziel der Volksbefragungen von 1814 war, «zu verhindern, dass das Land wieder an Frankreich zurückfalle» (S. 195). Als Frankreich kein Interesse mehr am Fürstbistum zeigte, stellte sich die Frage, unter welcher verfassungsmässigen Ausgestaltung die Eigenständigkeit dieses Gebietes gewahrt bleiben sollte. Ebenfalls thematisiert werden im Beitrag die regionalen Unterschiede hinsichtlich der Praktiken der Volksbefragungen, die in keiner Weise mit den heutigen demokratischen Gepflogenheiten vergleichbar sind.

Gestützt auf umfangreiches Quellenmaterial bewertet Tobias Kaestli in seinem Beitrag die Bemühungen Berns um die Integration Biels und des Juras im Grossen und Ganzen als positiv. Die fehlende Förderung der Industrie und des Gewerbes in den neuen Gebieten fällt jedoch negativ ins Gewicht. Interessant erscheint die Feststellung, dass das Aufkommen separatistischer Regungen im Jura nicht die Restauration, sondern ein dominanter Politiker aus der Zeit des Liberalismus, Charles Neuhaus, zu verantworten habe, der «anders als vormals die Patrizier wenig Neigung zeigte, verschiedene Anschauungen und Denkweisen im Kanton zu tolerieren» (S. 218).

Die Reihe der quellenreichen Beiträge beschliesst André Salvisbergs Geschichte des Bezirks Birseck, dem nach erfolgtem Anschluss an Basel das Schicksal einer sich selbst überlassenen strukturschwachen Randregion widerfuhr. Die Birsecker, die sich im Kanton Basel in steuerlichen Angelegenheiten arg gebeutelt und auch in konfessioneller Hinsicht benachteiligt sahen, revanchierten sich letztlich auf ihre Weise, indem sie sich 1832 aktiv an der Basler Kantonstrennung beteiligten.

Die sorgfältig recherchierten und gut strukturierten Beiträge vermögen durchwegs zu überzeugen. Dass bei dem Gemeinschaftsunternehmen inhaltliche Überschneidungen nicht zu verhindern waren, liegt in der thematischen Nähe einzelner Arbeiten und in der Komplexität der Sachverhalte begründet. Die geschilderten Ereignisse fallen in die entscheidende Phase der Konsolidierung eines Kleinstaates, dem durch die alliierten Mächte eine ihm angemessene Rolle im Staatengefüge Europas zugewiesen wurde. Der Leserin und dem Leser wird eindrücklich vor Augen geführt, wie stark die Schweiz schon damals in diese Schicksalsgemeinschaft eingebunden war.

Dem vorliegenden Sammelband, der ein Namen- und Sachregister enthält und mit weiteren zweckmässigen Orientierungshilfen (Chronologie, Karten sowie Bildmaterial) komplettiert wird, ist eine breite Leserschaft zu wünschen, liefert er doch historisches Hintergrundwissen zur Jurafrage, die bis heute nicht *ad acta* gelegt werden konnte.

Stephan Schwarz, Umiken

Juri Auderset, Peter Moser, **Die Agrarfrage in der Industriegesellschaft. Wissenskulturen, Machtverhältnisse und natürliche Ressourcen in der agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft (1850–1950)**, Wien / Köln / Weimar: Böhlau, 2018, 341 Seiten.

Wenn in historischen Werken die Agrarpolitik des 20. Jahrhunderts zur Sprache kommt, bleibt die Analyse häufig etwas unterkomplex und orientiert sich stark an der Sicht der zeitgenössischen liberalen oder sozialistischen Kritik dieser Politik, wonach es vor allem um Schutz und Erhaltung veralteter Strukturen gegangen sei – die tiefgreifenden Veränderungen geraten so wenig in den Blick. Zu den Ausnahmen gehören seit Jahren die Analysen von Peter Moser, der Landwirtschaft und Agrarpolitik in die ökonomischen, sozialen und politischen Gesamtentwicklungen einzubetten versucht. Zusammen mit Juri Auderset, der ebenfalls am Berner Archiv für Agrargeschichte tätig ist, das Moser leitet, gräbt er nun noch eine Schicht tiefer und sucht nach den Wissenskulturen, welche hinter diesen Entwicklungen stehen. Herausgekommen ist ein anspruchsvolles Buch über die «agrarisch-industrielle Wissensgesellschaft». Unter diesem Terminus verstehen die Autoren «jenes Ensemble von Akteuren, Institutionen, Diskursen und Praktiken, das im Verlaufe der Versuche zur Integration der Landwirtschaft in die modernen Industriegesellschaften von der Mitte des 19. bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts entstanden ist und die Interaktionen des Industriellen mit dem Agrarischen geprägt hat». Im Zentrum der Analyse stehen Quellen aus der Schweiz, also ist auch der Beobachtungsraum in erster Linie die Schweiz, aber viele Ergebnisse auf der theoretisch-abstrakten Ebene werden weit über ihre Grenzen hinaus brauchbar sein.

Ausgehend von der Debatte über das Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie in der SPD, die Ende des 19. Jahrhunderts von Eduard David und Karl Kautsky mit grosser Sachkenntnis geführt wurde, entwickeln Auderset und Moser zunächst die Gegensätze zwischen industrieller und agrarischer Logik. Die Unterordnung der Landwirtschaft, die an Naturkreisläufe gebunden ist, unter industriell-rationale Logiken gelang nicht. Zwar wurden Verarbeitung, Handel und Vertrieb von Nahrungsmitteln von einer umfassenden

Industrialisierung erfasst, aber Produktion und Konsum blieben vorläufig «weitgehend an die spezifischen, nicht serialisierbaren temporalen Eigenlogiken des Lebendigen gebunden». Erst in den 1950er Jahren sehen die Autoren eine Transformation, in welcher industrielle Logik durch Verwissenschaftlichung zunehmend in die Landwirtschaft eindringt, weshalb sie für die darauffolgende Zeit die Relation im Begriff umkehren und von einem dann einsetzenden «industriell-agrarischen» Wissensregime sprechen.

Durchgeführt wird die Analyse am Beispiel der betriebswirtschaftlichen Schlüsseltechnik der doppelten Buchhaltung (bei deren Adaptation auf Bauernbetriebe das schweizerische Bauernsekretariat unter Ernst Laur auch international eine wichtige Rolle spielte), an den Bestrebungen zur Mechanisierung und Motorisierung der landwirtschaftlichen Produktion, an der Entwicklungsdynamik im Bereich der Pflanzenzüchtung und -ernährung und schliesslich an Züchtung, Haltung und Ernährung von Tieren. Zu diesem letzten Thema stellen die Autoren fest, dass die erste Mechanisierungswelle zur Folge hatte, dass es nicht weniger, sondern mehr Zugtiere, vor allem Pferde, brauchte. Deren Anzahl nahm zu, bis in den 1950er Jahren das «Überpferd» Traktor (dessen Stärke bekanntlich in «Pferdestärken» gemessen wird) seinen Siegeszug antrat. Auch in der Viehzucht dominierte lange noch das multifunktionale Zuchtideal (Milch, Fleisch und Zugkraft). Erst in der Nachkriegszeit fand die erwähnte Transformation statt:

> Die nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Agrarproduktion technisch möglich gewordene Substitution von lebenden durch mineralische Ressourcen im grossen Stil hatte nicht zur Folge, dass die landwirtschaftlichen Nutztiere überflüssig wurden, sondern dass sie ihres Charakters als multifunktionale Arbeitswesen beraubt wurden. Ihre bisherigen Leistung*en* wurden unter dem Einfluss von Motorisierung, künstlicher Besamung und dem Einsatz chemischer, antibiotischer und hormoneller 'Leistungsförderer' in der Fütterung zunehmend auf *eine* Leistung reduziert – entweder diejenige, möglichst schnell schlachtreif zu werden, oder die, möglichst viel Milch zu geben.

Auch in dieser industriell-agrarischen Periode behält die Agrarfrage, so die Autoren, ihre «ungebrochene Aktualität». Die Entwicklung seit den 1950er Jahren wird allerdings nur angedeutet. Auf eine zeitliche Fortsetzung der Analyse kann man also gespannt sein, tritt doch in dieser Phase inneragrarischer Widerspruch in Gestalt der biologischen Landwirtschaft auf, die der spezifisch agrarischen Logik wieder mehr Gewicht verschaffen will.

Werner Baumann, Basel

Irène Herrmann, **L'humanitaire en questions. Réflexions autour de l'histoire du Comité international de la Croix-Rouge,** Paris: Les Éditions du Cerf, 2018 (Les conférences de l'École Pratique des Hautes Études, Bd. 9), 169 Seiten.

Dass das Buch von Irène Herrmann, Professorin für die transnationale Geschichte der Schweiz in Genf, aus einem Vortrag heraus entstanden ist, merkt man ihm im besten Sinne an: Es zeichnet sich durch analytische Tiefe und historische Differenziertheit aus, ist zugleich sehr lesbar geschrieben und fordert zum Nachdenken heraus.

In der Einleitung erläutert die Autorin die zentrale Frage, wie sich das grosse aktuelle gesellschaftliche und wissenschaftliche Interesse am Humanitären anhand der Motive und Haltungen der involvierten Akteure – also sowohl der Empfänger von Hilfe als auch deren Geber, Spender und Unterstützer – erklären lässt. Indem Herrmann zugleich auf

die Traditionen der Hilfe für andere in den drei Buchreligionen und auf die Vorläufer der Rotkreuzidee in Russland und Grossbritannien hinweist, macht sie auch auf die transnationalen Dimensionen der Entwicklung der humanitären Idee aufmerksam – auch wenn im Zentrum ihres Buches das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) steht.

Das erste Kapitel widmet sich unter dem Titel «Die Entstehung des modernen Humanitarismus» der Zeit von der Gründung des IKRK 1863 bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Herrmann macht deutlich, dass eine Vielzahl von Akteuren für den Erfolg des IKRK verantwortlich waren und von ihm profitiert haben: Während die protestantische Genfer Bourgeoisie darin eine Möglichkeit sah, ihre in der Revolution von 1846 verlorene politische Macht wiederzuerlangen, konnte die Schweizer Konföderation durch die Adoption des Neutralitäts-Diskurses ihre militärische Nicht-Intervention rechtfertigen und sich zusätzliche moralische und politische Glaubwürdigkeit sichern. Über die Schweizer Grenzen hinaus waren auch viele Nationalstaaten an einer Idee interessiert, die ihre Angst vor neuen Kriegen und «unzivilisierten» Staaten verringerte und gleichzeitig nicht im Gegensatz zu nationalistischen oder gar imperialen Bestrebungen stand. Was den Zusammenhang zwischen Kolonialismus und Humanitarismus betrifft, scheint die Autorin aber nicht so weit gehen zu wollen wie beispielsweise Alan Lester und Fae Dussart, die den Kolonialismus als Grundstein des Humanitarismus ansehen.[5]

«Die Politik des Humanitären» ist das zweite Kapitel überschrieben, in dem Herrmann die Zeit zwischen 1914 und 1939 behandelt. Inhaltlich konzentriert sie sich auf die Frage der humanitären Konkurrenz, insbesondere zwischen dem IKRK und der 1919 unter dem Einfluss des Amerikanischen Roten Kreuzes gegründeten Liga der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. Anhand dieser von der Forschung bisher wenig aufgearbeiteten Rivalität verdeutlicht die Autorin erneut, dass humanitäre Institutionen nie frei von spezifischen Interessen waren, dass dieses den humanitären Aktivitäten selbst aber durchaus nicht abträglich sein musste.

Um «Die humanitäre Praxis oder die Kunst des Dilemmas» geht es im dritten Kapitel, das (mit leichter zeitlicher Überschneidung zu Kapitel zwei) die Periode zwischen 1930 und 1945 in den Blick nimmt. Auch hier gelingt es der Autorin, anhand eines konkreten historischen Beispiels weiterführende Fragen nach dem Verhältnis von Humanitarismus und (extremen) politischen Strömungen erörtern. Ausgehend von der oft kritisierten Haltung des IKRK zum Dritten Reich und dem Besuch des IKRK-Delegierten Maurice Rossel im Konzentrationslager Theresienstadt 1944 führt Herrmann die vielfältigen Grenzen des Humanitären auf praktischer, mentaler und abstrakter Ebene vor Augen. Besonders erhellend sind ihre Ausführungen zu den «mentalen Grenzen» («*limites mentales*») des IKRK, die sich beispielsweise in einer besonderen Wertschätzung des Protestantismus widerspiegelten, welche bei manchen Mitgliedern bis zum Antisemitismus reichte und sich in vielen Fällen mit dem im IKRK sehr stark vertretenen Antikommunismus verband. Abschliessend stellt Herrmann noch einmal fest, dass die Kritik am IKRK nach 1945 teils berechtigt, teils aber auch übertrieben gewesen sei (das gelte auch mit Blick auf den Regisseur Claude Lanzmann und seinen Film über Rossel) und man das IKRK eher als Sinnbild für die Katastrophen des 20. Jahrhunderts sowie für die Unfähigkeit der Menschen, diese zu verhindern, verstehen solle.

Im vierten Kapitel gelingt der Autorin schliesslich auf originelle Weise eine konzeptionelle Annäherung an das Humanitäre. Herrmann entwickelt dafür die Idee des magne-

5 Siehe z. B. Alan Lester, Fae Dussart, Colonization and the Origins of Humanitarian Governance. Protecting Aborigines across the Nineteenth-Century British Empire, Cambridge 2014.

tischen Konzepts, das ihr zufolge die hohe Anziehungskraft des Humanitären in der Gesellschaft überzeugend zu erklären vermag. Um das Humanitäre noch stärker relational zu fassen, stellt sie es als absolut positives magnetisches Konzept dem Antisemitismus als absolut negativem Konzept entgegen. Auf diese Weise kann die Autorin zeigen, dass magnetische Konzepte nicht nur solche sind, die von den meisten Menschen geteilt werden, sondern auch solche, die eine heftige Reaktion hervorrufen.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Band sowohl für Expertinnen und Kenner der Schweizer und humanitären Geschichte als auch für ein breites Publikum lesenswert ist, weil er relativ bekannte Beispiele mit historischer Detailkenntnis und analytischer Finesse aufarbeitet. Auch wenn von Anfang an deutlich wird, dass der Schwerpunkt der Untersuchung auf dem IKRK liegt, bietet die Autorin auch Blicke über die Schweizer und sogar westeuropäischen Grenzen hinaus, insbesondere auf Russland, was sich durch ihre Expertise in russischer Geschichte erklärt. Vergleiche mit anderen nicht-westlichen Fallstudien wie die Entwicklung des Kriegsgefangenen-Konzepts im Osmanischen Reich[6] wären zwar interessant gewesen, konnten im Rahmen des Bandes aber nicht geleistet werden. Die hier aufgeworfenen Fragen darüber hinaus auch aus einer globalgeschichtlichen Perspektive zu untersuchen, wäre sicherlich lohnenswert.

Esther Möller, Mainz

Marianne Sommer, **History Within. The Science, Culture, and Politics of Bones, Organisms, and Molecules**, Chicago: Chicago University Press, 2016, 496 Seiten, 35 Abbildungen.

Marianne Sommers ideengeschichtliche Studie über die wissenschaftliche Erforschung dessen, was es im 20. Jahrhundert hiess, Mensch zu sein, hat international bereits eine ausserordentlich positive Rezeption erfahren.[7] Leser*innen, die sich für Wissen(schafts)geschichte, die Geschichte der Biologie, Anthropologie, Paläontologie, die Ideen-, Sozial- und Kulturgeschichte sowie die Biografieforschung interessieren, sei sie hier erneut wärmstens empfohlen. Die Autorin nimmt uns mit auf eine spannende Reise durch die hundertjährige Geschichte der Paläanthropologie, der Evolutionsbiologie sowie der Bevölkerungsgenetik. Die drei Teile des Buches sind jeweils einem Forscher gewidmet: dem amerikanischen Paläontologe Henry Fairfield Osborn (1857–1935), dem britischen Biologen Julian Huxley (1887–1975) und dem italienischen Genetiker Luigi Luca Cavalli-Sforza (1922–2018). Diese Gliederung erlaubt es, in die sozialen, kulturellen und institutionellen Kontexte der Protagonisten sowie deren Forschungsmöglichkeiten und -praktiken einzutauchen. Alle drei suchten mit ihrer Forschung über die Vergangenheit die Fragen ihrer jeweiligen Gegenwart zu beantworten und kommunizierten ihre Ergebnisse an ein breites Publikum.

Nach seiner Ausbildung an Elite-Universitäten war Osborn Präsident des New Yorker *American Museum of Natural History* (1908–1933) geworden und gehörte zur Elite New Yorks. Seine Arbeiten zur Wirbeltier-Paläontologie und Paläanthropologie nutzte er, um die etablierten Hierarchien insbesondere von *race* und *gender* zu legitimieren. Huxley,

6 Siehe z. B. die aktuelle Veröffentlichung von Will Smiley, From Slaves to Prisoners of War. The Ottoman Empire, Russia and International Law, Oxford 2018.

7 Vgl. z. B. John Durant, Isis 109/2 (2018), S. 421–422; Chris Manias, British Journal for the History of Science 50/2 (2017), S. 359–360; Chris Renwick, https://www.histhum.com/book-review-history-within-the-science-culture-and-politics-of-bones-organisms-and-molecules/ (22. 3. 2017; 16. 7. 2019).

der Enkel von «Darwin's Bulldog», war ein öffentlicher Intellektueller, Bestsellerautor (*Evolution: The Modern Synthesis*, 1942), Sekretär der *Zoological Society of London*, erster Direktor der UNESCO sowie Kämpfer für einen *evolutionary* oder *scientific humanism*. Bekannt ist er für seine Mitarbeit am ersten UN «Statement on Race» (*The Race Question*), in dem er Rasse als soziale und nicht als biologische Kategorie definierte. Der umtriebige Liberale war jedoch von der Überlegenheit der Euro-Amerikaner*innen überzeugt und sah sie dazu bestimmt, die Weltbevölkerung und deren Umwelt zu schützen. Mit dem Pan-Humanisten Cavalli-Sforza rücken die molekulare Perspektive in der Biologie und Anthropologie, die Molekulargenetik, *big data* und kommerzielle Nutzungen ins Zentrum des Interesseses, da diese neuen Zugangsweisen neue Narrative über die tiefe menschliche Vergangenheit eröffnen.

History within ist weder eine Sammelbiografie noch eine Biografie der Erforschung des Menschseins. Vielmehr dienen Sommer ihre drei Protagonisten als «Linse», um die Diskurse und Forschungstechniken der jeweiligen Zeit für diese gut recherchierte, dichte Gebrauchsgeschichte zu beschreiben. Die Autorin nimmt die Ideen der drei Wissenschaftler ernst und kontextualisiert sie innerhalb ihrer jeweiligen Netzwerke und institutionellen Verankerungen. Dafür analysiert sie eine beeindruckende Vielfalt an Quellen, die von Kinderbüchern, Dioramen, Karikaturen, elektronischen Karten, auf denen die globale Genmigration verzeichnet ist, bis zu Daten von Firmen, die Genome dekodieren, reicht. Die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Protagonisten sowie die Entwicklungen ihrer politischen und sozialen Programme sind sehr schön herausgearbeitet, ohne dass das Narrativ unter dem komparativen Ansatz leidet. Überhaupt schreibt Sommer sehr fesselnd: So animieren die gelungenen Übergänge zwischen den Kapiteln stets zum sofortigen Weiterlesen – bei englischsprachigen Publikationen von Historiker*innen aus dem deutschsprachigen Raum eine Seltenheit! Auch die Verwendung zahlreicher, auch längerer Quellenzitate mit dem Ziel, die Leser*innen in die jeweiligen Debatten der Zeit eintauchen zu lassen, überzeugt. Die oft illustrativ verwendeten Abbildungen sind leider in schlechter Qualität und oft zu klein reproduziert, was aber eine bewusste Entscheidung der Autorin und des Verlags zu sein scheint, um die detaillierten und teils atmosphärischen Beschreibungen Sommers in den Fokus zu rücken.

Sommer verspricht in der Einleitung, *History within* sei kein «return to the histories of 'great [white] men and great ideas'» (S. 2). Frauen kommen dennoch als historische Akteurinnen kaum zur Sprache. Nur beiläufig finden die Ehefrauen (S. 74, S. 106, S. 141), Kinderbuchautorinnen, die das Wissen der Wissenschaftler popularisieren (S. 109, S. 112, S. 113, S. 114) und wenige Wissenschaftlerinnen (z. B. S. 271–275) Erwähnung. Wie haben Frauen die Arbeiten (beispielsweise des misogynen Osborn) rezipiert? Welchen Einfluss hatten Frauen auf die Wissensproduktion der Protagonisten und was gab es für Wissenschaftlerinnen auf ihren jeweiligen Gebieten?[8] In der Bibliografie beläuft sich das Verhältnis von Frauen zu Männern auf 95 zu 372.[9] Wissenschaftler aus dem globalen Süden könnten auch präsenter sein. Im Sinne von Hayden Whites *progressive history* – «a history that is born of a concern for the future, [...], that goes to the past in order to find intimations of resources, intellectual, emotional, and spiritual, that might be useful for dealing with these concerns [...] to [...] find out what it takes to face a culture we should

8 Paläontologinnen: z. B. Mary Anning (1799–1847), Annie Montague Alexander (1867–1950), https://thebeardedladyproject.com, (16.7.2019).

9 Ohne Publikationen, die von einem Mann und einer Frau gemeinsam herausgegeben wurden.

like to inherit rather than one that we have been forced to endure»[10] – wünsche ich mir eine Neuauflage dieses grossartigen Werks. Eine Neuauflage, die eine grössere Anzahl Protagonist*innen einschliesst, die nicht nur die Vielfalt des Menschseins an sich, sondern auch dessen Erforschung widerspiegeln. Damit könnten «die Geschichten, die wir über Knochen, Organismen und Moleküle erzählen» sowie deren historische Aufarbeitung tatsächlich unsere Sichtweise auf 'Wissenschaft' und damit auch auf «die Welt verändern» (vgl. Klappentext).

Tanja Hammel, Zürich

Melanie Grütter, **«Verworfene Frauenzimmer». Geschlecht als Kategorie des Wissens vor dem Strafgericht**, Bielefeld: transcript, 2017, 282 Seiten, 21 Abbildungen.

Weibliche Gewalttaten und insbesondere Morde sind selten. Entsprechend lösen die Täterinnen stets eine starke öffentliche Faszination aus, die oft durch eine umfassende Boulevard-Berichterstattung zusätzlich angeheizt wird. Dieses Phänomen rückt Melanie Grütter in ihrer Dissertation in einer historischen Perspektive in den Fokus. Anhand des Ausnahmefalls von Gewaltmorden durch eine weibliche Täterin geht sie der Frage nach, welche Normen und Stereotypen in der Auseinandersetzung mit Geschlecht und Kriminalität aktiviert werden. Dass das Thema ein sehr aktuelles ist, macht Grütter dabei bereits in ihrer Einleitung deutlich: Am Beispiel von Fällen wie desjenigen der Amerikanerin Amanda Knox, die 2007 in Italien des Mordes an einer Kommilitonin verdächtigt wurde, skizziert die Autorin eine Reihe jüngerer medialer Phänomene, die weibliche Mörderinnen zum Gegenstand haben. Dabei zeigt sie die Persistenz eigentlicher Archetypen des weiblichen Bösen in der Berichterstattung auf, wie «Hexe», «Monster» oder «Vamp» (S. 18). Das damit skizzierte Bedürfnis, der Unvorstellbarkeit weiblicher Gewaltmorde dadurch zu begegnen, indem die Täterinnen bestimmten Stereotypen zugeordnet werden, bildet die Ausgangslage der Studie.

Anhand von elf Mordfällen aus den Jahren 1900–1936, deren Akten im Berliner Kriminalkommissariat liegen, analysiert Grütter die Rolle von Geschlecht als ordnungsbildende Kategorie in Diskursen über Gewalt und Kriminalität. Im kriminologischen Diskurs ist insbesondere die gewalttätige Kriminalität stets männlich konnotiert, so dass kriminelle Frauen im Allgemeinen und Gewaltmörderinnen im Besonderen das «Andere», die Abweichung von der wahrgenommenen Norm sind. Dies gilt umso mehr, als es sich bei den von Grütter untersuchten Fällen nicht um die typisch weiblichen Verbrechen Kinds- oder Gattenmord handelt, sondern um Morde ausserhalb des familiären Beziehungsrahmens – die Täterinnen weichen also im doppelten Sinne von der Norm ab. In einer historischen Diskursanalyse untersucht die Autorin, auf welche Art und in welcher Form diese Abweichung konstruiert wird, was für ein Bild also von den Angeklagten gezeichnet wird. Dabei geht es ihr nicht nur darum zu zeigen, wie sich bestimmte Zuschreibungen und Stereotypisierungen im Laufe der Zeit gewandelt oder gehalten haben. Die Analyse dieser historischen Konstruktion von Devianz erlaubt es auch aufzuzeigen, welche normativen Vorstellungen zu Geschlecht, Kriminalität, Gewalt und Macht existierten. Um hierfür ein möglichst umfassendes Bild zu erhalten, nutzt die Autorin für ihre Analyse nicht nur die vorhandenen Fallakten, sondern zieht auch kriminologische Diskurse und juristische Praxis der Zeit sowie ein «Alltagswissen» (S. 77) aus Literatur, Presse und Filmen hinzu.

10 Ewa Domanska, A Conversation with Hayden White, in: Rethinking History, The Journal of Theory and Practice 12/1 (2008), S. 18–19.

Da die untersuchten Mordfälle unterschiedlich umfangreich dokumentiert sind, befasst sich Grütter im empirischen Teil ihrer Studie vor allem mit vier Fällen beziehungsweise Täterinnen, für die unter anderem psychiatrische Gutachten sowie Vernehmungs- und Verhandlungsprotokolle vorliegen. Überzeugend arbeitet sie Narrative und Typologien heraus, welche die einzelnen Fälle prägten. Die Analyse ist dabei in verschiedene Unterkapitel unterteilt, wobei immer wieder auch stärker theoretisch ausgerichtete grundlegende Ausführungen, beispielsweise zum Expertentum, zur Zeugenschaft oder zur Verbrecherfotografie, Platz finden. Dies bietet zwar grundsätzlich einen beträchtlichen Mehrwert für die Analysen der einzelnen Fälle, erschwert jedoch die Lektüre. Der Plausibilität von Grütters Ausführungen tut dies aber keinen Abbruch: Der Autorin gelingt es, anhand der untersuchten Fälle die Wirkmächtigkeit und Persistenz bestimmter Attribute überzeugend darzulegen – konkret beispielsweise die Zuschreibung sexuell abweichenden Verhaltens, insbesondere homosexuelle Beziehungen, das Absprechen weiblicher Attribute oder auch die Überzeugung, dass bestimmte Täterinnen zu ihren Taten verführt worden sein müssten. Gerade die Verknüpfung mit zeitgenössischem Kulturgut ermöglicht dabei einen umfassenden und spannenden Einblick in die Genese der entsprechenden Stereotypisierungen. Im Fazit spitzt Grütter ihre Feststellungen anhand einer US-amerikanischen Serienmörderin der 1990er Jahre, Aileen Wuornos, ein letztes Mal zu und verdeutlicht so erneut die Beständigkeit vergeschlechtlichter Beurteilungen von Kriminalität.

Melanie Grütter gelingt es mit ihrer Studie, den Blick auf einen bisher wenig erforschten Aspekt der Kriminologie- und Kriminalitätsgeschichte zu öffnen. Damit legt sie – nicht zuletzt dank ihrer ausführlichen theoretischen Überlegungen – auch eine Basis für weitere Forschung zum Thema weiblicher Kriminalität und vor allem auch in Bezug darauf, wie Weiblichkeit innerhalb von Strafrechtssystemen verhandelt und definiert wird.

Eva Keller, Bern

Stefan Huebner, **Pan-Asian Sports and the Emergence of Modern Asia, 1913–1974,** Singapore: National University of Singapore Press, 2016, 402 pages, 61 illustrations.

Les approches internationales et transnationales dans l'histoire du sport n'en sont encore qu'à leurs prolégomènes, mais Stefan Huebner nous en propose incontestablement un exemple réussi autour du cas asiatique dans son *Pan-Asian Sports and the Emergence of Modern Asia, 1913–1974.* En effet, l'historien allemand souligne plusieurs enjeux majeurs de l'historiographie du sport: la continentalisation comme étape-clé de l'essor du sport au vingtième siècle, le développement de compétitions sportives continentales, l'émergence de «sentiments» ou d'«imaginaires» continentaux, mais aussi plus largement les dimensions culturelles, politiques, sociales, économiques ou encore diplomatiques entourant les grands événements sportifs. Dans les faits, Stefan Huebner se donne une double tâche, de scruter la diffusion d'une mission civilisatrice de l'Occident vers l'Asie à travers le sport, d'une part, et l'organisation de compétitions continentales (considérées comme «régionales» dans le jargon olympique depuis l'entre-deux-guerres), d'autres part.

De fait, l'émergence de sentimentaux d'appartenance «continentaux» n'est pas une chose aisée à analyser et de récents travaux, comme ceux de Philippe Vonnard autour de l'exemple du football européen, en témoignent, mais l'entrée par les compétitions – en ce qu'elle a de plus originale – permet de réaliser ce projet ou en tout cas de l'envisager plus précisément. En effet, l'analyse minutieuse des compétitions permet de comprendre de manière synchronique les trois principaux groupes d'acteurs de la sphère sportive, à savoir

les sportifs eux-mêmes, les organisateurs et les spectateurs. Si les organisateurs (issus du mouvement sportif ou des différentes administrations publiques) peuvent avoir des intentions politiques ou diplomatiques objectives et déclarées, il ne faut pas minimiser le rôle joué par les sportifs eux-mêmes, ni le développement de sentiments d'appartenance chez les spectateurs qui profitent inévitablement des compétitions sportives pour appréhender les frontières de leur monde. De ce point de vue, l'entrée dans l'histoire par les compétitions sportives – notamment lorsqu'une comparaison peut être entreprise (il ne servirait à rien de comparer des jeux olympiques et des jeux continentaux) – si elle est encore trop rare, est un point fort de la démarche mise en œuvre dans *Pan-Asian Sports and the Emergence of Modern Asia.*

L'ouvrage de Stefan Huebner procède aussi d'un important travail d'archives, que l'auteur a réalisé à la fois en Europe (notamment dans les archives olympiques), en Amérique du Nord, mais aussi en Asie, directement dans les différents pays concernés par les organisations. Ce travail de récolement minutieux constitue l'un des points forts du livre. Il invite son lecteur à penser depuis le document d'archive lui-même, tout en proposant un exemple réussi d'une histoire empiriquement justifiée et validée. Notons encore qu'alors certaines tentatives historiennes ont pu avoir tendance à ne s'appuyer que sur les documents occidentaux, ici les archives «asiatiques» sont mobilisées pleinement.

L'ouvrage est articulé autour des sept éditions des «*Asian Games*» (les «Jeux Asiatiques») organisés entre 1951 à 1974 successivement en Inde, aux Philippines, au Japon, en Indonésie, en Thaïlande (deux fois consécutivement) et en Iran. La structure chronologique des chapitres facilite clairement la lecture des différents cas, cependant force est de souligner que cela donne aussi parfois l'impression que l'auteur se concentre sur des contextes nationaux (toujours présentés de manière liminaire dans les chapitres), voire abuse d'un effet de contexte «national» au détriment d'une analyse comparative plus poussée des sentiments ou des cheminements parallèles à l'échelle du continent asiatique. Néanmoins, cela ne peut constituer en soi un reproche à l'ouvrage tant sa richesse est déjà une ouverture majeure dans l'historiographie. Bien au contraire, il faudrait considérer ces éléments comme des opportunités pour prolonger les analyses autour du cas asiatique, mais aussi pour travailler différemment autour d'autres cas continentaux et pour promouvoir plus fermement les approches comparatives dans l'histoire du sport.

Au final, *Pan-Asian Sports and the Emergence of Modern Asia* demeure une lecture fascinante pour les amateurs d'histoire du sport, mais l'ouvrage souligne aussi que cette dernière est bien davantage que celle d'un spectacle ou d'un passe-temps. Faire de l'histoire du sport, c'est bien faire l'histoire de notre modernité, en ce qu'elle a de plus charnel. Surtout il constitue un témoignage de la nécessité de prendre en compte le phénomène sportif dans les histoires contemporaines. De fait, le lecteur intéressé par les dynamiques de la décolonisation (et plus largement de la Guerre froide) trouvera ici bien davantage qu'une simple illustration «dans la sphère sportive». Stefan Huebner réussit en effet à présenter le rôle même du sport dans les dynamiques les plus profondes de l'émancipation du continent asiatique, notamment dans sa capacité à créer du sentiment «continental» et à rendre tangible les «frontières» d'un continent qui s'étend de la Mer Noire aux Philippines et des deux Corées à Singapour.

Grégory Quin, Lausanne

Roman Rossfeld, Christian Koller, Brigitte Studer (Hg.), **Der Landesstreik. Die Schweiz im November 1918,** Baden: Hier + Jetzt, 2018, 456 Seiten, 110 Abbildungen.

Der 100. Jahrestag des Landesstreiks vom November 1918 hat im Herbst 2019 breites Echo gefunden. Neben kulturellen, medialen und politischen Gedenkprojekten sind auch mehrere wissenschaftliche Publikationen erschienen.[11] Der vorliegende Sammelband ist in zweierlei Hinsicht die gewichtigste dieser Neuerscheinungen. Einmal im wortwörtlichen Sinn: Das Buch weist einen grossen Umfang auf und ist reich illustriert. Auch inhaltlich hat der Band Gewicht. Zur grösstenteils hohen Qualität der Aufsätze hat sicherlich beigetragen, dass knapp die Hälfte von ihnen von Forschenden stammt, die an zwei relevanten SNF-Projekten zur Schweiz im Ersten Weltkrieg (abgeschlossen 2017) und zum Landesstreik (laufend) beteiligt waren beziehungsweise sind.[12]

In ihrer Einleitung stellen Brigitte Studer, Roman Rossfeld und Christian Koller zunächst kurz und prägnant die Vorgeschichte und den Verlauf des Landesstreiks dar und skizzieren Stand und Perspektiven der Forschung, wobei sie letztere vor allem in stärker transnational und emotionsgeschichtlich ausgerichteten Ansätze ausmachen. Abschliessend arbeiten sie überzeugend den Kampf um «Politische Partizipation, soziale Sicherheit und Verteilungsgerechtigkeit» als zentrale und mittelfristig erfolgreiche Zielsetzung des Landesstreiks heraus.

Die ein breites Themenspektrum abdeckenden Beiträge sind in fünf Teile gegliedert. Im ersten, mit «Soziale Not, Kriegsgewinne und Verteilungsfragen» überschriebenen Teil weist Maria Meier an Beispielen aus Basel nach, dass trotz gewisser nach Protesten der Arbeiterbewegung erzielten Verbesserungen die Versorgungslage bis zum Kriegsende und darüber hinaus prekär blieb. Reto Zitelmann thematisiert die bisher kaum beachtete wohnungspolitische Bedeutung des Landesstreiks. Matthias Ruoss zeigt auf, dass die Zeit unmittelbar nach dem Streik «die wesentliche Zäsur der Geschichte der schweizerischen Sozialpolitik» darstellte und einen neuen, auf den Gedanken der «Volksversicherung» setzenden «diskursiven Raum» eröffnete.

Im mit «Politische Inklusion und Exklusion, Partizipation und Repression» betitelten zweiten Teil beschäftigt sich zunächst Oliver Schneider mit dem für die Vorgeschichte des Landesstreiks grundlegenden, die üblichen demokratischen Partizipationsprozesse weitgehend ausschaltenden Vollmachtenregime des Bundesrats. Sebastian Steiner analysiert die Rolle der Militärjustiz im Ersten Weltkrieg in diesem Ausnahmeregime und bei der Strafverfolgung gegen das Aktionskomitee und Streikende nach dem November 1918. Dorothe Zimmermann widmet sich schliesslich den im November 1918 entstandenen und 1919 im Schweizerischen Vaterländischen Verband zusammengeschlossenen Bürgerwehren, Spitzelnetzen und Streikbrecherorganisationen.

11 Patrick Auderset, Florian Eitel, Marc Gigase, Daniel Krämer, Matthieu Leimgruber, Malik Mazbouri, Marc Perrenoud, François Valloton (Hg.), *La Grève générale de 1918. Crises, conflits, controverses = Der Landesstreik 1918. Krisen, Konflikte, Kontroversen*, Zürich 2018 (zugleich Traverse 25/2 (2019) und Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier, Hors-série); SGB (Hg.), *100 Jahre Landesstreik: Ursachen, Konfliktfelder, Folgen. Reader zur Tagung vom 15.11.2017*, Bern 2018; Jean-Claude Rennwald, Adrian Zimmermann (Hg.), *La Grève générale de 1918 en Suisse. Histoire et répercussions*, Neuchâtel 2018; Dominique Dirlewanger, Philippe Martin, Hans Ulrich Jost, Julien Wicki, *La grève générale de 1918 – Matériaux pour l'enseignement*, hg.v. Syndicat des services publics, Lausanne 2018.

12 https://www.hist.unibe.ch/forschung/forschungsprojekte/krieg_und_krise/index_ger.html; https://www.fsw.uzh.ch/de/personenaz/tanner/forschungsprojekte/schweizweltkrieg1.html (22.8.2019).

Im dritten Teil «Gruppen-, klassen- und geschlechtsspezifische Differenzierungen» widmet sich Roman Rossfeld den bürgerlichen Reaktionen auf den Streik, wobei er die bisher nur wenig erforschte Rolle der Unternehmerverbände ebenso beleuchtet wie die «Revolutionsängste und Antikommunismus» in diesem Milieu. Katharina Hermanns Beitrag untersucht sowohl die wichtige Rolle der Arbeiterinnen in den Mobilisierungen vor und während des Landesstreiks als auch die trotz gewisser Sympathien für einzelnen Anliegen (Frauenstimmrecht, Lebensmittelversorgung) dem Streik ablehnend gegenüberstehenden bürgerlichen Frauenvereine. Der Beitrag von Juri Auderset und Peter Moser zeigt auf, dass bisherige Sichtweisen auf die Rolle der bäuerlichen Bevölkerung, welche diese als antirevolutionäres Bollwerk und von der Lebensmittelnot profitierende «Kriegsgewinnler» darstellten, die «komplexe Realität» dieser zwischen den Fronten von Arbeit und Kapital stehenden Gruppe zu wenig gerecht werden. Zugleich machen sie nachvollziehbar, wie «aus der ernährungspolitischen Kontingenz im Umfeld des Landesstreiks» in der Zwischenkriegszeit schliesslich eine gesellschaftspolitisch breit getragenen Agrar- und Ernährungspolitik entstehen konnte.

Thema des vierten Teils «Streikräume: Regionale Differenzierungen» sind Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des Landesstreiks in der «Eisenbahnerstadt Olten» (Peter Heim), in Winterthur als landesweit wichtigstem Standort der Maschinenindustrie (Thomas Buomberger), in St. Gallen als einem hochindustrialisierten, aber nur eine relativ schwache Arbeiterbewegung aufweisenden Kanton (Max Lemmenmeier) und im Tessin (Andreas Thürer). Von den übrigen, überwiegend regionalgeschichtlich orientierten Beiträgen hebt sich Thürers Aufsatz ab, der mit seiner auch landesweite und transnationale Aspekte einbeziehenden Fragestellung zeigt, warum im Tessin – wohl noch stärker als in der im vorliegenden Band leider nicht behandelten Suisse Romande – die Mobilisierung zum Landesstreik von der Siegeseuphorie der dort einflussreichen ententefreundlichen Kreise stark erschwert wurde.

Schliesslich zeigt im fünften Teil «Narrative, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur» Christian Koller wie «Fremdenangst und ihre Instrumentalisierung» bereits Jahrzehnte vor 1918 als Kampfmittel gegen Streikende eingesetzt wurde, woran auch die bürgerliche Gegenbewegung zum Landesstreik anknüpfte. Die Gleichzeitigkeit des Landesstreiks mit der verheerenden Grippe-Pandemie von 1918/19 und deren vor allem migrationspolitische Folgen untersucht Patrick Kury. Daniel Artho rekonstruiert akribisch die Entstehung und die Wirkungsgeschichte der bürgerlichen Fehldeutung des Landesstreiks «als gescheiterter Revolutionsversuch».

Neben diesen Hauptbeiträgen enthält der Band eine Reihe von ein- bis zweiseitigen «Fenstern» zur prekären Wohnsituation und Nahrungsmittelversorgung in Winterthur (Adrian Knöpfli), zur bürgerlichen Gegenmobilisierungen in Baden und Brugg (Patrick Zehnder), zur militärgerichtlichen Untersuchung des tödlichen Armeeeinsatzes in Grenchen (Edith Hiltbrunner), zum führenden Kopf der Tessiner Sozialdemokratie, Guglielmo Canevascini (Gabriele Rossi) sowie zur Repression gegen ausländische Militärflüchtlinge (Linda Leins). Weitere derartige Kurzbeiträge stammen von den Hauptautorinnen und -autoren selbst, die teils Einzelaspekte ihrer eigenen Beiträge hervorheben, teils Querbezüge zu anderen Aufsätzen herstellen – so etwa Arthos Kurzbeitrag zur «Angst vor einem 'zweiten 1918'» als sozialpolitisches Argument, der im entsprechenden Hauptbeitrag von Ruoss eingeschoben wurde.

Zu bedauern ist, dass der Band nicht stärker auf derartige, einen fruchtbaren Dialog zwischen den einzelnen Beiträgen ermöglichende Elemente setzt. Auf eine Gesamtzusam-

menfassung haben die Herausgeberin und die Herausgeber leider verzichtet. Die kurzen Einleitungen in die unterschiedlich kohärent wirkenden Teile vermögen diese Lücke nicht zu schliessen. Die Kurzbeiträge sind im Inhaltverzeichnis nicht aufgeführt, was den Gesamtüberblick ebenso erschwert wie das Fehlen eines Registers. Eine weitere Schwäche, die der Band mit vielen geschichtswissenschaftlichen Publikationen teilt, ist der bisweilen unreflektiert wirkende Umgang mit Begriffen, bei denen es sich (wie bei «Revolution», «Klassenkampf» und «Antikommunismus») sowohl um Quellenbegriffe mit umkämpfter Bedeutung als auch um analytische Konzepte handelt. Im Aufsatz von Buomberger finden sich neben lesenswerten Ausführungen zum Grossstreik in der Winterthurer Maschinenindustrie vom Sommer 1918 auch fehlerhafte und tendenziöse Aussagen: Es ist unhaltbar, die Parteispaltung von 1920/21 als eine Folge des Landesstreiks zu bezeichnen und Buombergers Charakterisierung des Metallarbeiterführers Konrad Ilg hat weniger mit dem realen Handeln als mit dem in Polemiken innerhalb der Linken verbreiteten Zerrbild dieser vielschichtigen Persönlichkeit zu tun.

Trotz solcher Schwächen im Detail ist insgesamt ein vielfältiger und sehr lesenswerter Band entstanden, der neue Forschungsergebnisse zum Landesstreik und seinem Umfeld in einer wissenschaftlich hochstehenden und attraktiv gestalteten Form präsentiert. Damit wird der anlässlich des 50. Jahrestags in den Werken von Gautschi, Schmid-Ammann und Frey herauskristallisierte historiographische Konsens um den Landesstreik nicht in Frage gestellt, aber in wesentlichen Punkten präzisiert, erweitert und untermauert. Der Band wird für die weitere Forschung zum Landesstreik eine unverzichtbare Lektüre darstellen.

Adrian Zimmermann, Delémont

Martin R. Gutmann, **Building a Nazi Europe. The SS's Germanic Volunteers,** Cambridge: Cambridge University Press, 2017, 254 Seiten.

Immer wieder erregen die nichtdeutschen Freiwilligen der Waffen-SS historiographisches Interesse. Seit den 1950er Jahren sind zu diesem Thema erste Publikationen erschienen, zunächst vorwiegend apologetischer Natur, seit den 1980er Jahren zunehmend mit wissenschaftlich-kritischer Intention. Die Dissertation von Martin R. Gutmann konzentriert sich auf eine besondere Gruppe innerhalb der nichtdeutschen Angehörigen der Waffen-SS: auf die (deutsch)schweizerischen, schwedischen und dänischen Freiwilligen, die bis in den Rang eines SS-Offiziers aufstiegen, an Junkerschulen und durch Publikationen speziell nationalsozialistisch geschult wurden und in der «Germanischen Leitstelle» der SS eine wichtige Rolle spielten. Ziel dieser Leitstelle war es, während des Krieges Freiwillige aus den – gemäss der nationalsozialistischen Ideologie rassisch wertvollen – «germanischen» Ländern zu werben. Mehr noch: Die Leitstelle sollte eine europäische Elite ausbilden, die nach dem Endsieg die «germanischen» Länder im Sinn der nationalsozialistischen «Neuen Ordnung» verwalten und regieren sollten. Chef der Leitstelle in Berlin war von 1941–1943 der Luzerner Arzt Franz Riedweg.

Gutmanns Dissertation ist in sechs Kapitel gegliedert: Das erste Kapitel untersucht die Ursprünge der SS und der Waffen-SS sowie die Entscheidung, «germanische» nichtdeutsche Freiwillige zu rekrutieren. Das zweite Kapitel versucht die weitverbreitete Auffassung zu widerlegen, nur fanatische Nazis, Kriminelle und Landknechtstypen seien in die Waffen-SS eingetreten. Kapitel drei untersucht die Motive, weshalb junge Männer aus sprichwörtlich gutem Haus in der Schweiz, Schweden und Dänemark eine Laufbahn in der Waffen-SS einer zivilen Karriere in der Heimat vorzogen. Kapitel vier und fünf analy-

sieren die Entwicklung der Germanischen Leitstelle innerhalb der SS-Strukturen sowie die Indoktrinierung der Freiwilligen. Das letzte Kapitel geht auf das Scheitern dieses Unternehmens, die Frustration der Freiwilligen über den Dünkel und die Borniertheit ihrer deutschen Kameraden und Vorgesetzten, die wachsende Zahl von Desertionen und schliesslich noch kurz auf das Schicksal der überlebenden Freiwilligen nach 1945 ein.

Die Stärke des Buchs liegt in der genauen Analyse der Motive und des Werdegangs dieser Elite von «germanischen» Freiwilligen. Gutmann hat rund 100 Lebensläufe zusammengetragen, davon 30 sehr detaillierte (S. 14). Aufschlussreich sind Quervergleiche zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationen: So waren die dänischen und schwedischen Freiwilligen vor dem Krieg kaum in lokalen faschistischen Gruppen engagiert, die Schweizer aber sehr wohl. Alle Freiwilligen waren vom Nationalsozialismus zutiefst überzeugt, empfanden sich aber gleichzeitig als glühende Patrioten und sahen keinen Widerspruch zwischen ihrem Patriotismus und dem Dienst für das Dritte Reich. Auffallend ist, dass die Germanische Leitstelle von Offizieren aus Dänemark, Schweden und der Schweiz dominiert wurde, während kaum Niederländer, Norweger oder Flamen vertreten waren – aus nationalsozialistischer Sicht ja ebenfalls «Germanen». Auffällig ist auch der hohe Anteil von Akademikern. Dem Autor ist es ein wichtiges Anliegen, die Motivation der Freiwilligen in den weiteren geistesgeschichtlichen Kontext Europas der 1930er und 1940er Jahre einzubetten, weswegen er die durchaus verbreiteten Sympathien für den Nationalsozialismus, insbesondere unter konservativen Eliten, betont. Oftmals verbanden sich diese mit einer grossen Affinität für die deutsche Kultur (S. 59). Der nach dem Krieg in vielen Ländern entstandene Résistance-Mythos überblende gemäss Gutmann diese Tatsache bis heute. Der Beitritt zur Waffen-SS erscheint aus dieser Perspektive weniger abwegig und «verrückt» als aus heutiger Sicht. Allerdings überdehnt Gutmann hier seine These auch: Nicht jeder, der gewisse Sympathien für den Nationalsozialismus empfand, wurde deswegen schon gleich zum Freiwilligen. In den von den Deutschen besetzten «germanischen» Ländern traten wesentlich mehr Freiwillige in die Waffen-SS ein als das in Staaten der Fall war, die nicht unter deutscher Okkupation standen: Waren es in den Niederlanden bis zu 40'000 und in Dänemark 6'000 Freiwillige, meldeten sich bloss 1'300 Schweizer und 200 Schweden zur Waffen-SS. Im Falle der Schweiz entspricht dies etwa der anderthalbfachen Zahl der Spanienkämpfer. Diese zahlenmässigen Unterschiede zwischen besetzten und nichtbesetzten Ländern lassen vermuten, dass es neben ideologischen durchaus noch andere Motive gab, weshalb junge Männer sich zum Kriegseinsatz in der SS und der Wehrmacht meldeten (z. B. äussere Lebensumstände, Beschäftigung etc.).

Etwas konstruiert wirkt Gutmanns Klassifizierung der untersuchten Länder als «neutral». Während das für Schweden und die Schweiz sicherlich zutrifft und deckungsgleich ist mit Verschonung durch den Krieg, ist diese Bezeichnung im Falle von Dänemark zumindest nach der deutschen Besetzung wenig überzeugend. Zwar behielt das Land eine eigene Regierung und eine gewisse Autonomie. Doch spätestens ab 1943 unterschied sich Dänemarks Status nicht mehr grundlegend von dem anderer besetzter «germanischer» Staaten.

Gutmanns Buch liest sich flüssig, wenn auch mit gewissen Redundanzen. Ärgerlich ist eine Reihe von kleineren faktischen Fehlern: Der Bundesrat zählt sieben, nicht sechs Mitglieder (S. 86). Jean-Marie Musy war zur Zeit der Veröffentlichung des Propagandafilms «Die Rote Pest» nicht nur Nationalrat, sondern – in diesem Zusammenhang wohl wichtiger – vor allem ehemaliger Bundesrat (S. 34). Eugen Bircher war schon vor seiner Ärztemission ein einflussreicher Politiker, nicht erst danach (S. 110). Die Sprachfehler in

den deutschen Literaturverweisen hätten durch ein sorgfältiges Lektorat eliminiert werden können. Und zu guter Letzt: Diagramme, etwa zur Organisation der SS und der genauen Verortung der Germanischen Leitstelle innerhalb von ihr, hätten die Lektüre erleichtert.

Rolf Tanner, Zollikerberg

Dominique Dirlewanger, **Les couleurs de la vieillesse. Histoire culturelle des représentations de la vieillesse en Suisse et en France (1940–1990)**, Neuchâtel: Éditions Alphil, 2018, 495 Seiten, 20 Abbildungen.

Der Lausanner Historiker und Geschichtslehrer Dominique Dirlewanger legt mit dieser umfangreichen Studie keine Geschichte des Alters vor. Vielmehr untersucht er, wie sich die politischen und medialen Vorstellungen vom Älterwerden im Laufe des 20. Jahrhunderts in der Westschweiz und in Frankreich verändert haben. Eines der grossen Verdienste dieses Buches ist es, durch die Verbindung einer sozial- und einer kulturhistorischen Perspektive die Komplexität dieser Wahrnehmungen aufzuzeigen.

Im ersten Kapitel zeigt der Autor, wie die politische Wahrnehmung des Älterwerdens in Frankreich und der Schweiz während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Demographen geprägt wurde – insbesondere vom französischen Demographen Alfred Sauvy –, die das Älterwerden als Gefahr für den sozialen und wirtschaftlichen Fortbestand einer Nation und deren kulturelles Selbstverständnis beschrieben. Dieser Tatbestand lässt sich am Beispiel demographischer Diskurse der Zwischenkriegszeit illustrieren, welche die «junge deutsche Nation» gegenüber dem «alten Frankreich» aufwerteten. Im Zuge dieser pessimistischen Betrachtungsweise wurden ausserdem die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen dem männlichen und dem weiblichen Älterwerden ignoriert (Kapitel 3). Die spezifischen Merkmale des weiblichen Älterwerdens – wie zum Beispiel die durch die Wechseljahre bedingten körperlichen Veränderungen, die finanzielle und berufliche Situation der Witwen – wurden zu diesem Zeitpunkt keineswegs aus einer genderspezifischen Perspektive wahrgenommen, sondern als verfrühter körperlicher Verfall und die Witwenschaft als «Einsamkeit der Seniorinnen» verstanden. Erst ab den 1960er und 1970er Jahren wurde das Älterwerden der Frau auch als Gelegenheit zur Emanzipation wahrgenommen, da sich die Seniorinnen zunehmend von sozialen und geschlechtsspezifischen Pflichten befreien konnten, zum Beispiel durch die Abnahme von Haushaltspflichten durch den Auszug der Kinder. Angesichts der eher negativen Wahrnehmung der Senioren und Seniorinnen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lässt sich die Aufmerksamkeit, die den Hundertjährigen gewidmet wurde, als Ausnahme auffassen, welche die Regel bestätigt. Die wenigen hundertjährigen Alten wurden als Einzelfälle gefeiert und sowohl im politischen wie auch im medialen Diskurs als Vorbilder gesunden Lebensstils und achtbarer Moral inszeniert (Kapitel 2).

Eine erste Veränderung der Wahrnehmung der Senioren und Seniorinnen stellt der geriatrische Diskurs dar, der in der Schweiz ab 1956 immer hörbarer wurde. Im Gegensatz zu den Wahrnehmungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde das Älterwerden von der Geriatrie nicht mehr als Zerfall («*déclin*») verstanden, sondern als ein weiterer Lebensabschnitt, der durch steigende Lebenserwartung und Lebensqualität immer grössere Bedeutung erhielt. Doch Dirlewanger zufolge blieb der Grundtenor der geriatrischen Perspektive weiterhin eher negativ, weil das Alter als schwache und krankheitsanfällige Lebensphase betrachtet wurde und weil sich eine begriffliche Verschiebung eingeschlichen hatte, welche die Prekarität des Lebensendes nicht mehr bei den Senioren – «*3ème âge*» – verortete, sondern etwas später im Greisenalter – «*4ème âge*». Das Älterwerden verlän-

gerte sich, blieb dennoch geprägt durch soziale, psychologische, körperliche und finanzielle Schwierigkeiten (Kapitel 4).

In den Kapiteln fünf und sechs untersucht Dominique Dirlewanger die Kommissionsberichte Laroque in Frankreich (1962) und Saxer in der Schweiz (1966, «Rapport de la Commission d'études des problèmes de la vieillesse») und deren Einfluss auf die politische Wahrnehmung des Alters. Das Altern wurde nicht nur mehr als demographisches, sondern auch als individuelles Phänomen betrachtet. Damit wurde die Frage nach den materiellen und psychologischen Lebensbedingungen relevant – und ebenso die nach politischen Massnahmen (Kapitel 5). Diese Überlegungen vertieft und veranschaulicht der Autor im Kapitel 6, in dem es um die urbane Raumplanung geht und darum, wie die Stadtplanung die Bedürfnisse der Senioren und Seniorinnen miteinbeziehen musste – so zum Beispiel durch altersgerechte Bauten oder generationenübergreifende Wohnsiedlungen.

Seit den 1970er Jahren setzte eine positivere Wahrnehmung des Älterwerdens ein, die der Autor an verschiedenen Beispielen illustriert. Ausgehend von einer Wahrnehmung des Älterwerdens als eigenständigem, immer länger dauerndem Lebensabschnitt zeigt Dominique Dirlewanger, wie in den 1970er Jahren die Anzahl an Aktivitäten für Senioren zunahm – wie zum Beispiel universitäre Weiterbildung –, um den Übergang zur Pensionierung zu erleichtern (Kapitel 7). Gleichzeitig interessierte sich auch die Wirtschaft erstmals mehr für die Seniorinnen und Senioren, weil diese als aktive Konsumentinnen und Konsumenten erkannt wurden. Zunehmend wurden für sie spezifische Marketingstrategien und Konsumartikel entwickelt. Ähnliches spielte sich auch im politischen Bereich ab. Auch hier wurden die Senioren immer mehr als aktive Akteure verstanden, die ihre Pensionierung selbst gestalten wollten und konnten (Kapitel 8). Damit entstand eine Vorstellung vom Älterwerden, derzufolge die Senioren einerseits isolierte und schwache Personen waren, andererseits aber auch als aktive Partner der Gesellschaft betrachtet wurden, die in die Gesellschaft integriert werden mussten. Am Ende seiner Untersuchung befasst sich der Autor mit den Themen Tod und Sexualität der Senioren, die ab den 1970er Jahren besprochen und allmählich auch enttabuisiert wurden (Kapitel 9). Fragen zur Sexualität der Senioren und Seniorinnen, zum würdigen Sterben oder zur Suizidhilfe wurden von den Medien aufgegriffen und als spektakuläre Themen verbreitet – man denke zum Beispiel an die Sterbehilfe (Affäre des Dr. Hämmerli 1975 im Stadtspital Triemli in Zürich) –, beinhalten aber auch eine soziale Brisanz, die es noch tiefgehender zu erforschen gilt.

Dominique Dirlewangers Studie besticht durch ihre inhaltliche Fülle und durch den eindrücklichen Einblick in Quellen- und Forschungsbestände, was die Lektüre bereichernd, aber zugleich auch etwas unübersichtlich macht. Der Autor bietet einen vielfältigen Blick an, der nicht nur spannend ist, sondern auch der Komplexität des Themas Rechnung trägt.

Nicolas Haesler, Lausanne

Michael Fischer, **Atomfieber. Eine Geschichte der Atomenergie in der Schweiz,** Baden: Hier + Jetzt, 2019, 398 Seiten, Abbildungen.

Eine Geschichte des Verhältnisses der Schweiz zur Kerntechnologie war längst überfällig. Michael Fischer legt nun mit seinem Buch «Atomfieber» eine solche vor. Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine grundlegende Aufarbeitung der Jahre seit 1945, vielmehr stützt sich der Autor auf wissenschaftliche Studien, die zum Teil schon länger

zurückliegen, auf journalistische Arbeiten (vor allem für die jüngere Geschichte) sowie vereinzelt auf (bekannte) Archivalien. Dies ist insofern zu bedauern, als seine Studie damit kaum neue Aussagen und Erkenntnisse hervorbringt. Wer also gehofft hat, endlich Klärung zu einigen der dringendsten Fragen zu erhalten – etwa dazu, wie weit die Schweiz in der Herstellung von Kernwaffen gegangen ist – wird enttäuscht sein. Wer jedoch eine Übersicht über die wichtigsten Momente der Schweizer Atomgeschichte nach 1945 sucht, ist mit diesem Buch gut bedient. Als Einführung ins Thema funktioniert es auf jeden Fall – meine Studierenden zumindest haben das Buch mit Genuss gelesen.

Fischer beginnt seine Darstellung mit dem Atomwaffenprogramm der Schweizer Armee nach 1945, skizziert anschliessend die Anstrengungen der Schweizer Atomindustrie nach 1955, einen eigenen Reaktor zu entwickeln («Lucens»), thematisiert die Widerstandsbewegung gegen Atomkraft sowie die beiden grössten Unfälle in der Geschichte der Kerntechnologie, Tschernobyl und Fukushima. Er legt dabei die Reaktionen und Konsequenzen in der Schweiz ausführlich dar und beschäftigt sich schliesslich mit der dringenden, bis heute ungelösten Frage der Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Die Kapitel werden ergänzt mit Bruchstücken zum Thema aus Literatur und Kunst, etwa den Schriften Dürrenmatts und Frischs. Das Buch schliesst mit einer Auswahl von Bilddokumenten. Warum diese nicht als Quellen in die Darstellung eingeflossen sind, bleibt allerdings unklar.

Seinen Ausgangspunkt nimmt das Buch bei den Abwürfen der beiden Atombomben über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki, die ein neues Zeitalter dieser auf diskursiver und effektiver Ebene wirkmächtigen Technologie einläuteten – auch in der Schweiz. Hier wurden rasch Anstrengungen unternommen, Anschluss an diese neuen Entwicklungen in der Atomtechnologie zu finden: Einerseits regte das Eidgenössische Militärdepartement noch 1945 die Gründung einer Studienkommission für Atomenergie an. Diese sollte sich mit dem Thema sowohl in ziviler als auch in militärischer Hinsicht beschäftigen, letzteres auf der Grundlage geheimer Richtlinien. Industrielle andererseits erörterten die Möglichkeiten, die die Technologie für die Privatwirtschaft bieten würde, von der zivilen Nutzung für eine ganze Reihe neuer Folgetechnologien bis hin zur militärischen Verwendung. Die Schweiz – vor dem Zweiten Weltkrieg mit an der Spitze in der Nukleartechnologieforschung – brachte sich damit unmittelbar nach dem Krieg in Stellung für eine starke Positionierung im Bereich der Kerntechnologie im Zeitalter des Kalten Kriegs. Warum sie diese in den folgenden Jahren verlor, bleibt in dieser Studie bedauerlicherweise unterbelichtet.

Zivile und militärische Interessen an der Atomenergie waren in den ersten Jahren des Kalten Kriegs eng miteinander verzahnt. Spätestens in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre jedoch wurden sie entkoppelt, unter anderem mit der 1957 gegründeten Studienkommission für die allfällige Beschaffung eigener Atomwaffen. Gleiches gilt notabene für die USA, die ab Mitte der 1950er-Jahre die zivile von der militärischen Nutzung der Nukleartechnik trennte.

Gerade in der Beschreibung dieser frühen *dual use*-Option fällt jedoch auf, dass es dem Autor aus welchen Gründen auch immer nicht gelingt, das Verhältnis von militärischen und zivilen Interessen verschiedener Akteursgruppen zu klären: In der Bewerbung seines Buches im Januar dieses Jahres hat Fischer noch die These vertreten, die Forschungen im Bereich der Atomphysik seien damals zivil getarnt gewesen, hätten aber hauptsächlich einen militärischen Zweck verfolgt. Der geplante Schwerwasserreaktor in Lucens hätte also auch für die Produktion von Plutonium und damit für die Herstellung von

Atomwaffen genutzt werden sollen. Im Buch selbst hingegen verteidigt er diese Position nicht und bleibt insgesamt vage. Und tatsächlich lassen sich auf der Grundlage der bekannten Quellen diesbezüglich keine abschliessenden Aussagen machen.

Die Kapitel zur gescheiterten Entwicklung eines Schweizer Reaktors und der teilweise erfolgreiche Widerstand gegen Atomkraftwerke sind in der Sache bekannt. Die darauf folgenden Abschnitte behandeln dann die bedeutendsten Unfälle der Geschichte der Atomtechnologie, Tschernobyl und Fukushima. Diese haben in der Schweiz eine Reihe politischer Reaktionen ausgelöst, die bis heute anhalten. Nach Tschernobyl etwa fanden intensive Analysen und Sicherheitsprüfungen in allen AKWs statt und die Stimmberechtigten nahmen – nach zahlreichen Ablehnungen verschiedener Anträge zum Thema – die 1990 bis 2000 wirksame Moratoriumsinitiative an. Bei der Lektüre wird deutlich, dass bereits hier das Ende des Atomzeitalters in der Schweiz eingeläutet wurde, das nach der Fukushima-Katastrophe mit dem bundesrätlichen Entscheid des Ausstiegs aus der Kernkraft fortgeführt und von den Stimmberechtigten bestätigt wurde.

Im Kapitel zur Entsorgung des radioaktiven Abfalls bietet Michael Fischer eine gründliche Zusammenschau der wichtigsten Diskussionen zum Thema. Die Schwierigkeiten des Sachverhalts werden daraus mehr als deutlich – und lassen einen als Leserin angesichts der Komplexität der Aufgabe ratlos. Die Sympathie des Autors gehört durch das ganze Buch hindurch denjenigen gesellschaftlichen Kräften, die sich gegen die Nutzung der Kernenergie gestellt haben. In diesem Kapitel wird deutlich, wieso.

Zwei kurze Schlussbemerkungen: Zuweilen stört die Verwendung ungenauer Begriffe. Von einer «Atombombe» zu reden und Atomwaffen zu meinen, erzeugt den Anschein, der guten Story zuliebe müsste übertrieben werden. Und was genau ist ein «Super-Gau»? Kann ein «grösster anzunehmender Unfall» auch noch «super» sein? Als Rezensentin fragt man sich bei der Lektüre zuweilen, wo die Geschichtsschreibung aufhört und die Vermarktung beginnt.

Monika Gisler, Zürich

Sabine Bitter, Nathalie Nad-Abonji, **Tibetische Kinder für Schweizer Familien. Die Aktion Aeschimann**, unter Mitarbeit von Sabine Braunschweig, Zürich: Rotpunktverlag, 2018, 240 Seiten, Abbildungen.

Am 10. März 1959 revoltierte die tibetische Bevölkerung gegen die chinesischen Okkupanten, die das Abkommen über die regionale Autonomie und die religiöse Freiheit von 1950 nicht respektierten. Als das bedrohte buddhistische Oberhaupt, der 24-jährige Dalai Lama, Tenzin Gyatso, am 17. März nach Indien flüchten musste, endete der Volksaufstand mit einem Massaker mit etwa 10‘000 Toten. Tausende Familien folgten dem Dalai Lama ins Exil und überquerten den Himalaya nach Indien. Ihr tragisches Schicksal löste ein internationales Echo aus und die UNO-Generalversammlung erklärte das Jahr 1960 zum Weltflüchtlingsjahr.

Tibetische Frauen, Männer und Kinder ab zwölf Jahren mussten in den indischen Bergen Schwerstarbeit beim Strassenbau leisten. Für die unterernährten und kranken Kinder eröffnete der Dalai Lama im Mai 1960 ein Heim in der Nähe seiner Residenz in Dharamsala. Die *Nursery for Tibetan Refugee Children* wurde von der älteren Schwester des Dalai Lama, Tsering Dolma, geleitet und vom *Schweizer Roten Kreuz (SRK)* und der *Schweizer Tibethilfe (STH)* unterstützt. Die Ärztinnen und Ärzte, die dort im Auftrag des SRK arbeiteten, berichteten über die prekäre Situation in diesem Kinderheim. Die dorti-

gen Verhältnisse besserten sich, als Jetsun Pema, die in Europa ausgebildete jüngere Schwester des Dalai Lama, die Heimleitung übernahm.

Der Industrielle Charles Aeschimann, Delegierter des Verwaltungsrats der Aare-Tessin AG für Elektrizität in Olten, setzte sich für die Aufnahme von 200 tibetischen Kindern in die Schweiz ein. Er schloss mit dem 14. Dalai Lama ein Abkommen, nach dem die gut ausgebildeten Kinder als künftige Elite nach Hause zurückkehren sollten. Aeschimann verhandelte mit den Bundesbehörden, die für die Kinder einen Asylstatus bewilligten und 1000 tibetische Flüchtlinge – als Opfer des Kommunismus, jedoch als willkommene Arbeitskräfte – in die Schweiz holen wollten. Die ersten Flüchtlingsfamilien reisten im Oktober 1961 ein und konnten im Februar 1962 in eine *Heimstätte* im Kanton Appenzell Ausserrhoden einziehen. Das kollektive Wohnen wurde vom *Verein der Tibetischen Heimstätten (VTH)* organisiert.

Charles Aeschimann initiierte auch den Bau der beiden Tibeter-Häuser im *Pestalozzi Kinderdorf* in Trogen (1961 und 1964), wo ca. 40 Kinder in ihrer Muttersprache und den Traditionen erzogen wurden. Für die übrigen 160 Kinder suchte Aeschimann gut situierte Pflegefamilien aus. Die Medien popularisierten seine Kinderaktion. Die Ankunft von Aeschimanns Pflegesohn Tseten im August 1960 wurde zum Medienereignis, genauso wie die Landung der ersten Gruppe der *Tibeterli* ein Jahr später in Kloten. Die Medien berichteten fälschlicherweise von tibetischen Waisen, obwohl die meisten Kinder wenigstens einen Elternteil hatten und nur 19 elternlos waren. Die letzte Kindergruppe kam im März 1964 in die Schweiz.

Die Hilfsorganisationen, zu denen das 1968 gegründete *Tibet-Institut*, eine klösterliche Mönchsgemeinschaft in Rikon gehörte, kritisierten Aeschimanns Kinderaktion. Ihre Argumente, dass die Kinder ihrer eigenen Sprache und Kultur entfremdet würden, bewahrheiteten sich, da die jungen Erwachsenen mit ihren Verwandten kaum kommunizieren konnten.

Die tibetischen Kinder wurden auch in Deutschland, Frankreich, Dänemark und Grossbritannien aufgenommen. Die von den Erlebnissen während des Aufstands, der Flucht und durch die Trennung von ihren Eltern und Geschwistern traumatisierten Kinder waren oft vom Wechsel in ein fremdes Land überfordert, genauso wie ihre Pflegeeltern. Mindestens 27 Kinder wechselten ihre Pflegefamilien, während der Pubertät wurden einige Kinder drogenabhängig, zwölf wurden in Erziehungsheime, psychiatrische Kliniken oder Gefängnisse eingewiesen und neun nahmen sich das Leben. Die Pflegeeltern erlebten oft juristische Schwierigkeiten, wenn sie ihre tibetischen Kinder adoptieren oder einbürgern lassen wollten. Probleme gab es manchmal auch mit dem Religionswechsel. Der Dalai Lama lehnte anfänglich die «Europäisierung» der Kinder ab, später wechselte er zur pragmatischen Meinung: «Lieber ein guter tibetischer Andersgläubiger als ein schlechter Buddhist.» (S. 83). Die leiblichen Eltern, die meist nicht gefragt wurden, ob sie mit der Übersiedlung ihrer Kinder in die Schweiz einverstanden wären, erfuhren davon kaum etwas. Die Kontakte mit ihren Kindern gestalteten sich schwierig, weil die Eltern in der streng hierarchischen Gesellschaft mit feudalen Strukturen lebten und die erwachsenen *Tibeterli* nur zu Besuch zurückkehrten.

Die Tibeter Jugendlichen gründeten 1970 den *Verein Tibeter Jugend in Europa (VTJE)*, dem die meisten der Aeschimann-Kinder beitraten. Sie wollten untereinander Kontakte pflegen, denn diese Gemeinschaft stellte für sie einerseits ein Integrationsmittel dar, andererseits sollte sie ihre ethnische Identität und das Nationalgefühl stärken. Sie gaben auch eine eigene Zeitschrift heraus. Wichtig für sie war die Zugehörigkeit zum

Buddhismus und die Verehrung des Dalai Lama, der sie und ihre Pflegeeltern in der Schweiz besuchte. Die meisten von ihnen betrachten ihr Leben in der Schweiz als positiv, vermissen jedoch eine Entschuldigung seitens ihrer tibetischen Betreuerinnen in Dharamsala für das Leid, das sie erleben mussten.

Die Autorinnen, investigative Presse- und Radiojournalistinnen, die sich seit Jahren mit der Jugend- und Flüchtlingsthematik auseinandersetzen, verfassten die erste, sorgfältig recherchierte, kritische Publikation zu diesem verdrängten Thema. Sie verarbeiteten Quellen und Dokumentationen aus den öffentlichen und privaten Archiven, führten zahlreiche Gespräche mit den Beteiligten und forschten sogar im Archiv des Kinderheims in Dharamsala in Indien.

Helena Kanyar Becker, Basel

Christel Gumy, **Jeune dans sa tête. Une histoire critique du cerveau adolescent**, Genève: Métis Presses, 2018, 224 pages.

Au carrefour de l'histoire sociale et culturelle des sciences et de la médecine d'un côté et de l'étude sociale des sciences de l'autre, l'ouvrage de Christel Gumy propose une histoire critique de la formation et du développement d'un objet d'étude scientifique: le cerveau adolescent. Il s'agit non seulement de comprendre le contexte scientifique – théorique et matériel – d'émergence de ce nouveau champ d'étude, mais également de rendre compte des enjeux sociaux qui le façonnent. Construit en cinq chapitres qui contribuent à mettre en relief la genèse de l'adolescence cérébrale, l'ouvrage présente les principales recherches menées sur le sujet et s'applique à détailler avec clarté les notions et méthodes déployées par les scientifiques afin de mieux en discuter les effets.

Le corpus de sources, qui repose sur les principales publications menées dans le champ des neurosciences de l'adolescence, mobilise aussi fructueusement un fond d'archives inédit: les papiers du professeur Théodore Rabinowicz. Des entretiens menés avec certaines de ses anciennes collaboratrices viennent compléter ces documents.

L'origine du cerveau adolescent est volontiers située au tournant des années 1990, lorsqu'à la faveur du développement des techniques d'imagerie par résonance magnétique (IRM), des études voient le jour aux États-Unis. Le premier chapitre est consacré à ces recherches qui bénéficient d'un contexte particulièrement favorable, puisque l'année 1990 marque le début de la «Décennie du cerveau» qui voit les investissements destinés à la recherche dans ce domaine augmenter massivement. Au tournant des années 2000, les chercheur·e·s avancent que l'adolescence, plus qu'une transition entre l'enfance et l'âge adulte, constitue un moment spécifique du point de vue cérébral, lors duquel les caractéristiques neuronales se modifient profondément. Les propriétés cérébrales identifiées sous-tendent une définition normative de l'adolescence, à laquelle est dès lors renvoyée toute une catégorie d'âge.

C'est au travers d'un détour révélateur par les travaux menés en histologie à l'Université de Lausanne quelques décennies plus tôt par le professeur Rabinowicz que l'auteure met en perspective la construction du cerveau adolescent. Le deuxième chapitre présente ainsi les travaux de Rabinowicz, qui témoignent des recherches effectuées dans le domaine dès les années 1960, c'est-à-dire avant le développement de l'IRM. Si le Lausannois est convaincu que le développement du cerveau se poursuit jusqu'à l'âge de 25 ans, il ne fait pas de rapprochement entre ses constatations et les comportements adolescents.

Cette préhistoire des études sur l'adolescence permet à l'auteure de mettre en évidence de manière convaincante le contexte particulier qui voit les neurosciences investir et populariser la notion de «cerveau adolescent» bien au delà du champ scientifique. Le troisième chapitre montre comment ce concept répond aux inquiétudes liées aux comportements des jeunes. La notion de «prise de risque» – qui mêle violence, rapports sexuels non protégés, etc. – cristallise les préoccupations des autorités et favorise largement une approche sanitaire du «problème jeune», mais ce au prix d'une occultation des déterminants socio-politiques des comportements. En retour, en insistant sur la malléabilité du cerveau en formation, les études neuroscientifiques confirment l'importance des interventions de santé publique destinées aux jeunes.

L'idée selon laquelle les comportements de prise de risque sont constitutifs de l'adolescence est largement appuyée par les études menées sur les émotions des adolescent·e·s à la Harvard Medical School dès la fin des années 1990. Plus précisément, ces études, détaillées au chapitre 4, entendent mettre en évidence les liens entre l'activation de certaines zones cérébrales et le comportement des adolescent·e·s. Bien que les indicateurs témoignent d'une forte disparité entre jeunes filles et jeunes garçons en terme de prise de risque, les études en neurosciences peinent à trouver des résultats concordants susceptibles d'expliquer et de mesurer l'influence du sexe en la matière, même si certain·e·s auteur·e·s expliquent que le cerveau des jeunes filles est moins «touché» par les perturbations de l'adolescence.

Le dernier chapitre rend compte des débats que suscitent ces recherches et présente certaines des critiques formulées. Le sociologue Michael Males, par exemple, craint que le recours aux explications biologiques tende à éclipser les facteurs sociaux des comportements adolescents, comme l'origine sociale ou raciale. En outre, la critique du déterminisme biologique qu'induit ce type de recherche contribue paradoxalement à renforcer l'assise des neurosciences. Prenant pour exemple les travaux de Suparna Choudhury, Christel Gumy montre, à la suite de Cynthia Kraus, que la notion de plasticité cérébrale permet de réinjecter du culturel et du social dans le biologique. Les critiques une fois absorbées de la sorte renforcent de fait l'assise de la discipline.

Évitant l'écueil d'une critique s'attachant uniquement à détailler les biais dont souffrent parfois les sciences, cette histoire critique rend finement compte des modalités de construction et de validation du savoir scientifique. On regrette toutefois qu'après avoir découvert la «préhistoire» suisse du cerveau adolescent, on n'en apprenne pas davantage sur les recherches menées ultérieurement en terre helvétique et leur relation avec les enjeux socio-politiques locaux liés à la jeunesse. Il n'en reste pas moins que l'ouvrage apporte une contribution significative à l'histoire des sciences et de la médecine et invite tout un chacun à considérer avec recul les discours savants sur l'adolescence et à garder la tête froide face à un hypothétique «péril jeune».

Taline Garibian, Oxford

Thomas Bürgisser, Sacha Zala (Hg.), **«Die Revolte der Jungen». Die Berichterstattung der Schweizer Diplomatie über die globale Protestbewegung um 1968**, Bern: Diplomatische Dokumente der Schweiz, 2018 (Quaderni di Dodis, Bd. 9), 142 Seiten, 13 Abbildungen.

Dass die 68er-Bewegung ein internationales, ja globales Phänomen war, hat die Forschung zu den 68er-Jahren in der letzten Zeit zunehmend herausgearbeitet. Dabei zeigte sich, dass die Bewegungen in den einzelnen Ländern etliche Gemeinsamkeiten aufwiesen,

in gewissen Bereichen aber auch deutliche Unterschiede offenbar wurden. Der Protest gegen den US-amerikanischen Krieg in Vietnam fungierte zwar als übergreifende und vereinende Klammer, doch unterschieden sich lokale Themen und Forderungen sehr stark. Ähnlichkeiten gab es wiederum in der Wahl der Aktionsformen und Strategien: So wurden beispielsweise Demonstrationen und Sit-ins in etlichen Ländern praktiziert. Durch die Gleichzeitigkeit der Proteste und Ereignisse, die – zumindest in den westlichen Ländern – durch das neu aufgekommene Fernsehen direkt in die Wohnzimmer übertragen wurden, stellte sich überdies bei vielen Akteurinnen und Akteuren ein Gefühl einer gemeinsamen kollektiven Identität ein, das noch dadurch verstärkt wurde, dass die Protestierenden in den meisten Ländern Studierende waren.

Vergleichbare Beobachtungen lassen sich in den Berichten der Schweizer Diplomaten in aller Welt zu den Ereignissen im Jahr 1968 in den Ländern, in denen sie jeweils stationiert waren, gut nachvollziehen. Thomas Bürgisser, Sacha Zala und ihr Team bei den Diplomatischen Dokumenten der Schweiz konnten bei ihrem Vorhaben, die Globalität der 68er-Bewegung anhand der Berichterstattung von Schweizer Botschaftern in Aussenposten nicht nur in den westlichen Ländern, sondern auch in Asien, Afrika und Lateinamerika, aufzuzeigen, auf einen reichen Quellenfundus zurückgreifen. Da das Herausgeberteam für jedes Land nur einen Bericht ausgewählt hat, wird keinerlei Anspruch auf eine vollständige Darstellung erhoben. Die Berichte sind ausserdem in ihrem Informationsgehalt recht unterschiedlich. Während die einen nur kurz und knapp über die wichtigsten Ereignisse berichten, geben andere auch Eindrücke und Urteile der Verfasser über die Protestaktionen in ihren Empfangsstaaten preis.

Eindrücklich zeigt sich in den Berichten, wie in den verschiedenen Ländern neben der oftmals geteilten Forderung nach Reformen an den Universitäten jeweils spezifische Anliegen zum Ausdruck kamen. So protestierten etwa in Südafrika die Studierenden gegen die Apartheid-Politik an der Universität. Während in Belgien und Irland ethnische Konflikte ein Thema waren, zeigte der Schweizer Botschafter in Portugal Verständnis für den Protest der Studierenden, denn die dortigen Professoren hätten mit wenigen Ausnahmen «que des connaissances élémentaires et laissent à désirer en ce qui concerne leur formation professionelle» (S. 53).

Als Akteure machten die verschiedenen Berichterstatter überall in erster Linie Studierende aus. Eine potentielle Unterstützung der Proteste durch Arbeiterinnen und Arbeiter wurde hingegen von den Diplomaten als gefährlich taxiert, wie etwa im Bericht über Jugoslawien. Während in mehreren Berichten zu westlichen Ländern, aber auch wie hier zu Japan, der Einfluss und die «Machenschaften linksextremistischer und wahrscheinlich von der chinesischen Kulturrevolution» (S. 119) beeinflusster Studierender beklagt wurden, zeigten andere Berichterstatter ein gewisses Verständnis für den Wunsch nach besseren materiellen Lebensbedingungen, wie dies in den Ansichten des Botschafters in Ägypten zum Ausdruck kommt. Für Mexiko konstatierte der Berichterstatter ein «*malaise politique et social*», das weit über rein akademische Probleme hinausgehe (S. 109).

Ergänzt werden die Berichte der Botschafter, die nicht nur aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung, sondern in der Regel auch wegen ihres Alters nicht gerade zu den Sympathisantengruppen der 68er gehörten, durch eine Studie einer Gruppe von *Stagiaires* im Eidgenössischen Politischen Department (EPD). Diese hatten beim Antritt ihrer Diplomatenausbildung am 1. Mai 1968 den Auftrag erhalten, einen Bericht über «Die Revolte der Jungen» auszuarbeiten. Das Gemeinschaftswerk der zwölf Diplomatenanwärter und einer Diplomatenanwärterin sollte dem EPD «durch ihre Nähe zum Geschehen

wertvolle Informationen» liefern, wie Dominik Matter in seiner redaktionellen Notiz zur Studie festhält. Der Bericht der *Stagiaires* ist ein interessantes Quellendokument, da er Aufschluss über die Ansichten und Befindlichkeiten von Akteurinnen und Akteuren gibt, die zwar altersmässig, aber weder politisch noch lebensweltlich zu den 68ern im engeren Sinne gehörten. Mit ihrer Ablehnung radikaler politischer Forderungen und provokativer kultureller Aktionsformen bei gleichzeitiger Befürwortung gewisser Reformen gehörten sie typischerweise zu denjenigen, die sich später oftmals als zur «68er-Generation» zugehörig fühlen würden, ohne jemals an deren Demonstrationen und Protesten teilgenommen zu haben.

Eingeführt werden die Berichte der Diplomaten durch eine von Thomas Bürgisser und Sacha Zala verfasste Einleitung, in der diese einerseits die Quellendokumente und deren Verfasser vorstellen und andererseits «68» als globales Phänomen im Kontext des Kalten Krieges verorten. Ebenso ordnen sie die Urteile und Meinungen der Diplomaten ein, wobei sich zeigt, dass die Botschafter in den westlichen Ländern ebenso wie in den unter autoritären Regimes stehenden Staaten wie Spanien oder Brasilien ein gewisses Verständnis für die Staatsmacht und ihre Reaktionen zeigten, womit zugleich eine Tendenz zur Infragestellung der Motive der Protestierenden einherging. Mehr Solidarität mit den Studierenden liessen hingegen die Diplomaten im kommunistischen Osteuropa erkennen.

Die Dodis-Publikation stellt somit eine wertvolle Informationsquelle für alle dar, welche 1968 als Ereignis anhand zeitgenössischer Stimmen selber analysieren und sich zugleich einen (wenngleich durch die Berichte vermittelten) Überblick über die Globalität der Bewegung verschaffen wollen.

Christina Späti, Freiburg i. Ue.

Regula Ludi, Matthias Ruoss, Leena Schmitter (Hg.), **Zwang zur Freiheit. Krise und Neoliberalismus in der Schweiz,** Zürich: Chronos, 2018, 287 Seiten.

Gemeinhin gilt die Ölkrise von 1973 als Ausgangspunkt für die politische Durchsetzung neoliberaler Konzepte. Nun stellen Regula Ludi und Mathias Ruoss in ihrer höchst aufschlussreichen Einleitung zum vorliegenden Band die fundamentale Frage, ob sich diese Verknüpfung von Krise und Neoliberalismus wirklich eignet, um den Wandel der letzten Jahrzehnte zu analysieren und zu verstehen. Denn, so die Autorin und der Autor, Neoliberalismus in all seinen Spielarten erweist sich «gegenwärtig als ein äusserst schillerndes Phänomen, voller Widersprüche und Ambiguitäten»: positiv als Wahlfreiheit, negativ im Sinne von Freiheit als Nötigung, oder wie es im Titel heisst «Zwang zur Freiheit» – ein Oxymoron, schliessen sich die beiden Begriffe Zwang und Freiheit doch eigentlich gegenseitig aus.

Aus der Analyse von Ludi und Ruoss sind insbesondere drei Punkte hervorzuheben: Erstens beschreiben «Krisen» nicht einfach Tatsachen, sondern sind als Begriff immer diskursive Zuschreibungen, um eine Situation zu deuten und dienen somit der Sinnstiftung, um Wahrnehmungen einzuordnen. Die Art jedoch, wie mit dem Krisenbegriff Probleme definiert werden, lässt vorgeschlagene Lösungen als unumgänglich erscheinen oder ebnet das Terrain für drastische und schmerzhafte Massnahmen. Zweitens gehen die als neoliberal definierten Strategien zur Krisenbewältigung davon aus, dass es einen starken Staat braucht, um die gesamte Gesellschaft nach den Grundsätzen des Marktes zu organisieren. Obwohl immer von De-Regulierung gesprochen wird, bedingt ein solcher Umbau eine Re-Regulierung. Verpönt sind hingegen staatliche Interventionen, die den sozialen Ausgleich zum Ziel haben. Das Individuum wird verstanden als Unternehmer seiner

selbst, was sowohl Selbststeuerung und das Eingehen von Risiken impliziert. Drittens geht es um die Frage, wie Menschen dazu kommen, den Markt als Modell ihres Handelns zu akzeptieren. Zeichen dieses Wandels sind neue soziale Praktiken wie die Definierung eines partizipativen Führungsstils und die Persönlichkeitsbildung im Personalbereich, die der unterschiedlichen Wertigkeit von Individuen und nicht der Gleichheitsidee verpflichtet sind, auch das Ranking, ebenso das Gender Mainstreaming und Diversity Management, die beide Machtverhältnisse verschleiern und der besseren Nutzung der menschlichen Ressourcen – der Human Resources – dienen. Diese sozialen Praktiken verweisen gleichzeitig auf die Verbindungen zwischen der Protestbewegung der 68er und den neoliberalen Tendenzen der 1970er und 1980er Jahre. Es handelt sich, so die Autorin und der Autor, «um eine kapitalistische Aneignung von Wertvorstellungen wie Flexibilität, Diversität, Autonomie und Verantwortung, die von der subkulturellen Systemkritik propagiert wurden». Den Individuen werden fortlaufend Anreize geboten, «Persönlichkeitsmerkmale, Körperideale und soziale Beziehungen mittels der Selbststeuerung, Selbstvermessung und Selbstregulierung neu zu formen».

Die Grundthese, dass sich das Krisenhafte und das Neue auf fruchtbare Weise verknüpfen lassen, verbindet die Forschungsbeiträge in diesem Band. Neuerungen, die mit dem Begriff des Neoliberalismus assoziiert werden, waren Bestandteil von Debatten zur Überwindung der Strukturprobleme: vom Ruf nach mehr Wettbewerb über die Privatisierung von Staatsbetrieben und der Flexibilisierung in fast allen Lebensbereichen bis zur Lobeshymne auf die individuelle Freiheit und Verantwortung. In ihrer Gesamtheit vermitteln die Beiträge ein vielseitiges und differenziertes, zum Teil auch unerwartetes Bild der Anfänge des Neoliberalismus. Ausführlich kann hier nur auf eine Auswahl eingegangen werden.

In seinem Beitrag «Politik der Vermarktlichung. Das Krisenmanagement der Alusuisse nach dem Boom» diagnostiziert Leo Grob die Ausprägungen des Neoliberalismus in der Industrie insbesondere im zunehmenden Einfluss von branchenfremden Beratern, der Banken und der Finanzwirtschaft auf die Produktionsbetriebe. Das Kredo der Alusuisse-Manager dieser Jahrzehnte lautete, dass auf eine neue Unternehmensstrategie eine Reorganisation der Unternehmensstruktur zu folgen habe, gemäss der von McKinsey vertretenen Regel «*structure follows strategy*». Um einzelne Betriebe zu rationalisieren, liessen sich die Manager von der Hayek Engineering AG beraten. So lokalisierte beispielsweise eine Studie aus dem Jahr 1984 ein jährliches Einsparpotential von 15 Millionen Franken bei den Walliser Werken, wovon beinahe die Hälfte auf Kosten des Personals ging. Zwischen 1980 und 1986 halbierte das Management die Zahl der Beschäftigten beinahe, von rund 45'000 auf 24'000. Aus Sicht der Banken reichten die Bemühungen des Managements allerdings nicht aus. So trat seit Beginn der 1990er Jahre die Figur des Investors in den managerialen Problemdefinitionen und Lösungsstrategien immer prominenter auf. Die Rentabilität hatte sich am Finanz- und Kapitalmarkt zu orientieren. Um das Unternehmen mit Geld zu versorgen, gaben Investorinnen und Investoren vor, welche Kennzahlen aussagekräftig waren.

Überraschend ist der Beitrag von Juri Auderset und Peter Moser zu agrarpolitischen Re-Regulierungen («Permanenz des Unbehagens»), denkt man doch beim Stichwort Neoliberalismus kaum an die Schweizer Landwirtschaft. Doch in der Landwirtschaft dominierte seit 1940 das Wachstumsparadigma. Dass dennoch der Produktionsprozess zyklisch bedingt und an Boden / Land gebunden ist – dieses Wissen wurde dabei weitgehend ignoriert. Vielmehr wurden in der Agrarökonomie die bäuerliche Landwirtschaft

und die Ökologie als voneinander getrennte, monofunktionale Bereiche der Waren- und Güterherstellung auf der einen und der Landschaftsgestaltung und -erhaltung sowie der Produktion von Biodiversität auf der anderen Seite gedacht. Die Verfechter eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums deklarierten Ökologie zu einem «öffentlichen Gut», das nicht von Privaten nachgefragt, sondern politisch reguliert werden musste. Der Wandel hin zu neoliberalen Konzepten zeigte sich in der Leitung des Bundesamts für Landwirtschaft: Hans W. Popp, ein an der University of Chicago bei Milton Friedman promovierter Agrarökonom, der an der HSG studiert hatte und das Amt von 1962 bis 1995 leitete, kam dabei eine wichtige Rolle zu. Ab den 1960er Jahren wurden an der HSG laufend agrarpolitisch relevante Gutachten zuhanden des Bunds erarbeitet. Während in den 1950er Jahren in Gutachten noch die «volkswirtschaftlich optimale Nutzung des Schweizer Bodens» im Zentrum gestanden hatte, waren es nun die monetären «Kosten» und die «Effizienz» der Nahrungsmittelproduktion im Inland. In diesem Modelldenken war der Faktor, dass Land- und Viehwirtschaft die Landschaft über Jahrhunderte essentiell geprägt hatten und immer noch prägten, nicht vorgesehen. Die von umweltpolitischen Kreisen formulierte Kritik an der inländischen Wachstumslandwirtschaft wurde anfänglich noch mit dem Engagement für Biolandbau verbunden. Hingegen rückte die «neue» Umweltbewegung ab den 1970er Jahren den Widerstand gegen die Ausweitung des Einsatzes von Pestiziden und importierten Futtermitteln ins Zentrum ihrer agrarpolitischen Interventionen. Dies machte die Umweltbewegung nach Auderset und Moser auch für agrarökonomische Reformer interessant. Nach deren Logik wäre es nämlich «ökologischer», statt im Inland Nahrungsmittel zu produzieren, das «öffentliche Gut» Umwelt herzustellen. So wurden die durch die neuen Marktordnungen bedingten Einkommensverluste durch Direktzahlungen teilweise kompensiert. Das Resultat war nicht einfach «mehr Markt», sondern in erster Linie «mehr Staat».

Von Umdeutungen feministischer Begrifflichkeiten und Ansprüche handelt der Beitrag von Leena Schmitter zum Thema feministische Selbstbestimmung und neue Reproduktionstechnologien in den 1980er und 1990er Jahren. Mit den Parolen «Mein Bauch gehört mir» und «Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine» machten Frauen ihr Recht auf Selbstbestimmung und generelle Anerkennung als politische Subjekte öffentlich kund. Doch mit Fortschritten in der Reproduktionsmedizin, mit denen neuartige Formen der eugenischen Selektion einhergingen, wurde die emanzipatorische Dimension des Rechts auf Abtreibung in Frage gestellt. Denn die neuen Reproduktionsmöglichkeiten führten für Frauen zu zusätzlichen Wahlmöglichkeiten: das Recht auf ein Kind um jeden Preis zum einen, das Recht auf ein gesundes Kind zum anderen. Die zuerst von der Behindertenbewegung formulierte Kritik daran wurde von neuen feministischen NGOs wie Antigena oder Nogerete aufgenommen. Im Sinne einer Kosten-Nutzen-Logik würden sich schwangere Frauen durch vorgeburtliche Tests zu «Vollzieherinnen bevölkerungspolitischer Selektion» machen. Die neuen Möglichkeiten operierten mit dem verlockenden Angebot der Lebensoptimierung. Damit erfuhr die Forderung nach Selbstbestimmung eine radikale Umdeutung. Glück und Unglück, Erfolg und Misserfolg fielen so letztlich in die alleinige Verantwortung der betreffenden Subjekte. Das in den 1970er Jahren geforderte Recht auf *Wahl* mutierte in den 1980er Jahren zum Recht auf *Aus*wahl. Diese «Freiheit durch Auswahl» beinhaltete ihrerseits einen neuen Entscheidungszwang.

Dass sich Frauenförderung und neoliberale Managementstrategien über Umdeutungen emanzipativer Anliegen für Unternehmen lohnen können, zeigt auch der Beitrag von Sarah Probst «Ein Geschäft mit der Gleichberechtigung?» zu dem in den 1980er Jahren

lancierten Netzwerk «Taten statt Worte». Auf eine ähnliche Umdeutung verweist ebenfalls Brigitta Bernets Beitrag «Mitbestimmung oder Selbstverwirklichung?». Er verknüpft die von gewerkschaftlicher Seite um 1970 geforderte Mitbestimmung im Betrieb mit den neuen Managementtheorien des partizipativen Führungsstils oder teilautonomer Arbeitsgruppen. Die gegensätzlichen Interessen wurden dabei in eine neue Sprache übersetzt, die Konsens suggerierte. Unter dem Titel «Mehr Freiheit, weniger Staat» deutet Zoé Kergomard den Wahlslogan der Freisinnigen von 1978 als Ausdruck des Übergangs zu einer durch Marketingwissen vorangetriebenen Organisation der Politik. Die als politisch aktiv partizipierenden Bürger und Bürgerinnen wurden nun als Konsumenten und Konsumentinnen von Politik gedacht, deren Bedürfnisse es zu befriedigen galt. Als Folge dieser neoliberalen Offensive der FDP und des anschliessenden Aufstiegs der SVP setzte sich die Logik der zwischenparteilichen Konkurrenz und des «symbolischen Wettrüstens» – so Kergomard in ihrem Fazit – endgültig durch. Katharina Morawietz behandelt im Beitrag «Von urbanen Protestaktionen zur ländlichen Kooperative» die Entstehung der Kooperative *Longo maï* in den frühen 1970er Jahren und zeigt damit eine Alternative zur neoliberalen Umdeutung von mehr Autonomie und Selbstbestimmung, die sich weiterhin als gesellschaftskritisch verstand. Mathias Ruoss zeichnet im Beitrag «Selbstsorge statt gesellschaftliche Solidarität» die internationale Pionierrolle der Schweiz beim neoliberalen Umbau des Altersvorsorgesystems nach. Dieser Umbau begann damit, dass der Schweizer Sozialstaat in den 1970er Jahren unter Verweis auf demographische Daten in eine Krise hineindiagnostiziert und damit ein Konsens über Sachzwänge und Zukunftsvisionen hergestellt wurde. Nun wurde zum einen die Erhöhung des Rentenalters, zum anderen mehr individuelle Autonomie bei der Sicherung des Alters gefordert, zwei wesentlichen Bestimmungsmerkmalen neoliberaler Sozialpolitik. Daraus resultierte eine Verschiebung der sozialpolitischen Verantwortung für materielle Sicherheiten im Alter – weg von der gesellschaftlichen Solidarität hin zur individuellen Selbstsorge. Im Beitrag «Selbstregulierung 2.0» weist Lukas Tobler nach, dass sich der Schweizer Finanzplatz nach dem Chiasso-Skandal von 1977 von Einschränkungen lösen konnte. Denn im Abstimmungskampf um die im Gefolge dieses Skandals lancierte Bankeninitiative der SP Schweiz gelang es den Banken, sich als Vorkämpferinnen für die freiheitliche Schweiz und deren liberale Tradition darzustellen. Sie konnten in der Folge ihren Selbstregulierungsanspruch durchsetzen und bankpolitische Kernaspekte aus der politischen Entscheidungskompetenz auslagern. Im letzten Beitrag unter dem Titel «Widerstand im Wandel. Schweizer Arbeitslosenkomitees und der aktivierende Sozialstaat» verweist Anina Zahn auf die Ambivalenzen der sich Ende des 20. Jahrhunderts erfolgreich gegen Kürzungen wehrenden Arbeitslosenkomitees, zusammengefasst im Fazit: starker Widerstand gegen den sozialpolitischen «Abbau» zum einen und schwacher Widerstand gegen den «Umbau» zum andern. Erklärbar ist diese Ambivalenz der Arbeitslosen gegenüber Neuerungen – Stichwort RAV – mit der Hoffnung, dass Weiterbildungen und Beratungen die Stellensuche erleichtern könnten. So konnten auch hier aktivierungspolitische Diskurse einst widerständische Konzepte und Forderungen für neoliberale Modelle adaptieren. Eingliederung, Selbsthilfe und Aktivierung meinte nun die Aufforderung an das Individuum, Verantwortung für das Soziale zu übernehmen.

Der Sammelband füllt nicht nur eine wichtige Lücke in der historischen Forschung, sondern gibt einen wichtigen Einblick in die Entwicklung des politischen Diskurses. Die Beiträge zeigen klar, dass mit «Neoliberalismus» in Bezug auf ergriffene Massnahmen zwar soziale Ungleichheiten thematisiert werden konnten, der Begriff jedoch die Umge-

staltung des Sozialstaats nicht erklärte. Damit leistet der Band einen exzellenten Beitrag zur Historisierung und Kontextualisierung des Begriffs «neoliberal».

Elisabeth Joris, Zürich

KLIO

KLIO Buchhandlung und Antiquariat von der Crone, Heiniger Linow & Co.

Wissenschaftliche Buchhandlung mit umfangreichem Sortiment und fachspezifischen Dienstleistungen

Buchhändlerisch und wissenschaftlich ausgebildetes Personal

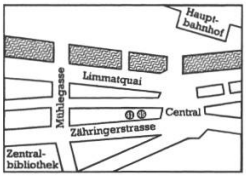
Eigene Neuheitenkataloge

An- und Verkauf antiquarischer Bücher

Geschichte
Philosophie
Germanistik
Alte Sprachen
Soziologie
Politologie
Ethnologie
Theologie
Kommunikation
Belletristik

KLIO Buchhandlung
Zähringerstrasse 45
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 42 12

KLIO Antiquariat
Zähringerstrasse 41
CH-8001 Zürich
Tel. 044 251 86 10



www.klio-buch.ch